

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT	Seite
<i>Bernd Zieh</i> Der Ochsenweg / Hærvej. Schleswigs Hauptverkehrsader durch vier Jahrtausende.....	91
<i>Ulrich Schulte-Wülwer</i> 100 Jahre Museumsberg Flensburg.....	100
<i>Bernd Phiiipson</i> Der Bismarck-Turm auf dem Scheersberg. Einst ein nationales Symbol, heute ein Wahrzeichen der Landschaft Angeln.....	104
<i>Ulrike Decker</i> Skandinavien und das europäische Binnenmeer. Dänemarks, Finnlands und Schwedens Politik zur Erweiterung der EU im Ostseeraum seit 1989.....	121
Umschau ab Seite 136	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 25813 Husum Dr. Jörn-Peter Leppien,
Libellenring 15 ■ 24955 Harrislee Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 ■ 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Fladerslev Redaktionsanschrift:
Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22 ■ 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 ■ Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: mittelstaedt@cicero-mc.de Druck:
Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 • 24941 Flensburg

Der Ochsenweg / Hærvej

Schleswigs Hauptverkehrsader durch vier Jahrtausende

von *BERND ZICH*

Für den Landesteil Schleswig war von jeher ein Nord-Süd-gerichteter, am westlichen Rande der weichseleiszeitlichen Endmoränen über die flache Geest streichender Altweg als Hauptverkehrsader bestimmend. Sein Verlauf erscheint unmittelbar durch die landschaftlichen Verhältnisse erzwungen. Unverkennbar folgt die Autobahn A7/ E45 noch heute weitgehend seiner Spur, streift dabei mit Kolding, Hadersleben, Apenrade, Flensburg und Schleswig westlich die größten Städte des Landesteils, die zudem jeweils durch eine Lage an weit nach Westen vorspringenden Meeresbuchten oder in Dänemark Fjorden gekennzeichnet sind. An der Westküste verlief ein Altweg über Ribe, Tondern, Süderlügum, Leck und Bredstedt nach Husum. Auch er ist noch aus dem modernen Straßennetz rekonstruierbar. Für diese Altwege - unbefestigte, durch intensive Nutzung entstandene Sandpisten (Abb. 1) - waren ab dem Mittelalter die Bezeichnungen Ochsen- oder Heerwege, gelegentlich auch Königswege (*viae regiae*) gebräuchlich.

Der östliche der beiden genannten Ochsen- oder Heerwege gilt seit seiner Erforschung durch H. Matthiessen (1930) als „eigentlicher Heerweg“ (Abb. 2). Seine Bedeutung wird in dieser Lesart also gegenüber den anderen Wegen und Fernverbindungen klar präferiert. Matthiessen lässt den „eigentlichen Heerweg“ vom mitteljütischen Viborg bis ans Danewerk, der militärischen Südgrenze Altdänemarks und des hochmittelalterlichen Königreichs Dänemark, laufen. In Schleswig-Holstein kann der alte Weg heute unschwer bis an die Elbe verfolgt werden, und auch weiter im Niedersächsischen ist sein Verlauf nachvollziehbar, fächert sich aber mehr denn auf der Cimbrischen Halbinsel gemäß seiner Nutzungsaspekte auf, im Sinne von Ochsenweg, Pilgerweg und Heerweg. Zumindest für Jütland und Schleswig-Holstein und erst recht für den Fokus des Landesteils Schleswig erblicken wir im Ochsenweg/Hærvej und in seinen Nachfahren aber nichts weniger als die kulturhistorische Wirbelsäule des Landes.

Trotz dieses verbindenden Elements geht man diesseits und jenseits der dänisch-deutschen Grenze in Sachen Erforschung und Erschließung bis heute eher getrennte Wege. Dies hat zur Folge, dass nicht nur der Forschungsstand, sondern auch die Möglichkeiten der Erschließung beiderseits der (1920er) Grenze zu recht unterschiedlichen Lesarten führen. So dürfte einem weniger Eingeweihten angesichts der ungleichen Namengebung in Dänemark („Hærvej“) und Deutschland

(„Ochsenweg“) kaum klar werden, dass sich hinter beiden Bezeichnungen ein und derselbe (Fern-) Weg verbirgt. In dieses Bild passt auch die Tatsache, dass man auf deutscher, sprich schleswig-holsteinischer, Seite erst 1998 in der Lage war, einen Anschluss an das in Dänemark bereits vor mehr als 20 Jahren entwickelte thematische Wanderwegnetz „Haarvejen“ zu erstellen. Dennoch blieben Unterschiede bestehen: Die Ausstattung nördlich und südlich der Grenze ist nicht gleich, was sowohl die Beschilderung, die (Wander-) Kartengrundlagen, als auch infrastrukturelle Dinge wie Ausstattung von Rastplätzen etc. anbelangt. Besonderer Erwähnung bedarf in diesem Zusammenhang das Programm der Arbeitsgemeinschaft Ochsenweg im Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein, nachvollziehbare Ochsenweg-Trassen mit einer wiederkehrenden, unübersehbaren Symbolik zu plakätieren. Hierfür wurde in Kooperation mit einem Künstlerteam ein Logo in der Gestalt zweier sich kreuzender Hörner aus gebranntem Eichenholz und mit Kupferkappen versehen geschaffen (Abb. 3). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es zwischen dänischer Grenze und Eider bereits zehn solcher Installationen.

Während man aber inzwischen in Schleswig-Holstein den Ochsenweg symbolträchtig mit den beschriebenen „Hörnerplätzen“ ausstattet - es gibt begründete Hoffnungen, dass sich Niedersachsen demnächst anschließen wird hält diese Darstellungsform in Dänemark keinen Einzug. Während man auf deutscher Seite den Ochsenweg allmählich zu entdecken beginnt, scheint die Entwicklung auf dänischer Seite inzwischen zu stagnieren.

Mit dieser Bearbeitung soll der Versuch unternommen werden, die kulturhistorischen Potentiale des „großen Landweges“ - so die treffend gewählte Bezeichnung in einer schriftlichen Quelle des Mittelalters - gerade im Schleswigschen herauszuarbeiten und zu stärken. Im Vordergrund der Erörterungen hat dabei die Frage nach den Möglichkeiten zur Erforschung des Wegealters im Hinblick auf die unterschiedlichen Nutzungsaspekte und Quellengruppen zu stehen. Es ist leicht einzusehen, dass die Quellenlage für die historische Zeit ungleich besser ist als für die vorhistorische Vergangenheit. Grob gesagt, stehen in historischer Zeit zwei Quellengruppen zur Verfügung: Landkarten und schriftliche Quellen, in denen Wege und ihre Verläufe beschrieben werden oder weitere Informationen enthalten sind.

Die ältesten Landkarten zum alten Fernweg der Cimbrischen Halbinsel stammen aus den Jahren 1492 und 1501. Es sind die beiden Reisekarten von Erhard Etzlaub. Sie dienen zu ihrer Zeit jedoch der Beschreibung des Pilgerweges und vollziehen damit nicht in jedem Fall die Ochsen- bzw. Heerwegtrassen nach. Dies wird in den Etzlaub-Karten besonders dadurch deutlich, dass der Pilgerweg im war die Bedeutung des Weges immerhin so sehr im Bewusstsein, dass er die mit

einer bildlichen Ochsentrift-Darstellung versehene Wegeführung um den Vermerk „dit is de Ossenwech van Bramstede na Wedel“ ergänzte (Abb. 5). Zur Zeit von Frese wurde augenscheinlich die Trasse über Bramstedt, heute Bad Bramstedt, gegenüber der über Itzehoe verlaufenden favorisiert. Insgesamt dürfen wir aber für den holsteinischen Bereich von zwei gleichberechtigten Routen des Ochsenweges zwischen dem alten Wegekreuz bei Jevenstedt südlich von Rendsburg und Uetersen am Geestrande der Elbmarschen ausgehen.

Die älteste direkt auf den alten Weg Bezug nehmende schriftliche Nachricht stammt aus derzeit um 1070. Adam von Bremen schrieb damals: „Dänemarks erste Teillandschaft, Jütland, erstreckt sich von der Eider an nach Norden; drei Tagesreisen hat man vor sich, wenn man nach der Insel Fünen abbiegt. Misst man dagegen geradewegs die Entfernung von Schleswig bis nach Aalborg, so hat man eine Wegstrecke von fünf bis sieben Tagesreisen vor sich.

Das ist Kaiser Ottos Marschroute, bis man schließlich in Wendel ans Meer kommt, das nach dem Siege des Königs bis zum heutigen Tage Ottensund heißt.“ Wenn gleich Historiker heute davon ausgehen, dass Kaiser Ottos II. Feldzug von 974 gegen den dänischen König Harald Blauzahn nicht die beschriebenen Ausmaße hatte, scheint mit Adams Worten doch erwiesen, dass der in Rede stehende Weg bereits am Übergang von Wikingerzeit und Hochmittelalter vorhanden war.

Bei der Beantwortung der Frage, ob er schon in früherer Zeit existierte, müssen wir nun auch die geographischen und geologischen Verhältnisse des Landes rekapitulieren: Im Bereich des Landesteils Schleswig verjüngt sich die Cimbrische Halbinsel. Tief ins Land eingreifende Meeresbuchten der Ostsee - vorrangig die Flensburger Förde und die Schlei - und nach Westen zur Nordsee entwässernde Flüsse mit z.T. weit ausgreifenden feuchten Niederungsgebieten zwingen den Nord-Süd-gerichteten Fernverkehr in eine Art Passsituation. Besonders plastisch ist dies zwischen der Schlei und dem zur Eider-Treene-Sorge-Niederung gehörenden Flusstal der Rheider Au auf der Höhe von Klein Rheide. Hier verengt sich die nutzbare Zuwegung auf ca. sechs Kilometer. Man spricht daher für diesen Bereich völlig zu Recht von der Schleswiger Landenge.

Die Schleswiger Landenge wird in der Wikingerzeit durch das Danewerk - den aus gestaffelten Wallzügen von insgesamt 30 Kilometer Länge bestehenden Befestigungsriegel - gesichert (Abb. 6). Das Danewerk, damit größtes archäologisches Denkmal Nordeuropas, gibt uns also einen indirekten Hinweis auf die Existenz des Fernweges, denn: Was sonst würde man sperren wollen als einen Weg? Damit sind die für das Danewerk relevanten Geschichtsdaten auf den Fernweg übertragbar: 808 wird in den fränkischen Reichsannalen erwähnt, dass König Göttrik, bzw. Gottfred, die Schleswiger Landenge durch ein Erdwerk befestigen lässt. Neueste Forschungen und Ausgrabungsergebnisse im Umfeld des

Danewerks lassen diese Mitteilung aber in einem neuen Licht erscheinen. War sie bis vor kurzem ein verbindliches Datum in der Geschichte des Denkmals, geht man heute davon aus, dass sich Göttriks Bautätigkeiten eher als Instandsetzungsarbeiten beschreiben lassen. Der Danewerk-Wallzug mit Haupt- und Margarethenwall scheint neuesten archäologischen Untersuchungen zufolge nämlich älter zu sein. An mehreren Stellen aus erhaltenen, in die sog. Feldsteinmauer verbauten Eichenhölzern gewonnene Daten (Dendrochronologie) beweisen einen Ausbau bereits um 737 n. Chr. (Abb. 7). Das Bemerkenswerteste an diesen neuen Ergebnissen ist jedoch, dass mit ihnen auch die Möglichkeit der Existenz der Wegesperre Danewerk vor diesem Datum nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Mit den Ausgrabungen der 1980er und 1990er Jahre dokumentierte Wallschichten geben nämlich zu der Vermutung Anlass, dass schon vor 737 n. Chr. an gleicher Stelle ein Wallzug existierte, und so weisen inzwischen vorliegende naturwissenschaftliche (C¹¹) Daten sogar in die Zeit um 690 n. Chr.

Genährt wird die Vermutung eines möglichen höheren Danewerk-Alters durch wei weitere Wallzüge im Nordschleswigschen, „Olgerdige“ südlich von Apenrade und „ÆVold“-auch „Wendenwall“ genannt-etwas nördlich davon (Abb. 8). Im Gegensatz zum Danewerk ist der ehemals ca. sieben Kilometer lange und eine Strecke von zwölf Kilometern sperrende hölzerne Palisadenwall „Olgerdige“ heute im Gelände nicht mehr sichtbar. Zahlreiche bei archäologischen Untersuchungen geborgene Hölzer beweisen jedoch seine Existenz in der römischen Kaiserzeit (0-375 n. Chr.), vornehmlich im zweiten und dritten nachchristlichen Jahrhundert. Der nur zwei Kilometer lange, zweifelsfrei eine Wegesperre des „Hærvej“ darstellende „ÆVold“ bestätigt diese Alterangaben mit aktuellen Daten: Wiederum aus hölzernen Palisaden gewonnene Proben legen die Annahme nahe, dass die Hölzer am Ende des dritten nachchristlichen Jahrhunderts verbaut wurden.

Mit „Olgerdige“ und „ÆVold“ erscheint somit bewiesen: Man war auf der Cimbrischen Halbinsel bereits vor der Wikingerzeit Willens und in der Lage, den „großen Landweg“ zu sperren und damit den Verkehrsfluss zu kontrollieren. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt ein höheres Alter der Wegesperre im Bereich der Schleswiger Landenge gegenüber den Daten von 737 und 690 n. Chr. an Wahrscheinlichkeit. Damit bekommen wir wiederum Indizien für das Vorhandensein des alten Fernweges bereits in der römischen Kaiserzeit.

Mit der Frage nach der Existenz des Weges in noch älterer Zeit stoßen wir auf die bereits 1897 und 1904 vom dänischen Archäologen Sophus Müller geäußerte These der sog. Grabhügelwege. Die Sitte, für die Verstorbenen Grabhügel zu errichten (Abb. 9), führt uns nun - abgesehen von einigen Ausnahmen in der Wikingerzeit (793-1066 n. Chr.) - in die ältere Bronzezeit (1.700-1.000 v. Chr.) und die Jungsteinzeit (4.300-2.300 v. Chr.). Im Gegensatz zu jüngeren vorgeschichtlichen

Epochen wie der jüngeren Bronzezeit (1.000-500 v. Chr.) und der vorrömischen Eisenzeit (500 v. Chr.-O) haben wir wegen der relativ guten Überlieferungsbedingungen der Grabhügelmonumente für die Altwegeforschung in den älteren Zeiten eine ungleich bessere Quellenlage. Bereits Müller war aufgefallen, dass sich besonders auf der Cimbrischen Halbinsel zahlreiche Grabhügel der älteren Bronzezeit perlschnurartig aufreiheten. Hierin sah er ein Indiz für alte Wege. Ähnliches wusste man bereits aus den Gebieten des ehemaligen Römischen Reiches. Hier gab es unzählige Grabmäler entlang bedeutender Straßen. Bestand damit also die Möglichkeit, dass auch schon die bronzezeitliche Bevölkerung zwischen Elbe und Skagerak diese Sitte pflegte? Gegner der Müller'schen Theorie wiesen auf den ebenfalls nicht von der Hand zu weisenden Umkehrschluss hin: Menschen hätten möglicherweise erst in jüngerer Zeit die Grabhügelzüge als Orientierungshilfen genutzt. Dies spräche folglich für ein erheblich jüngeres Alter des Weges. In den 1950er Jahren schien sich die von Müller geäußerte Theorie mit der Ausgrabung eines bronzezeitlichen Grabhügels von Arnitlund bei Vojens in Nord-schleswig (Dänemark) zu bestätigen: Der damalige Ausgräber glaubte, unter einem bronzezeitlichen Grabhügel alte Fahrspuren erkannt zu haben. Genährt wurde seine Annahme durch die Tatsache, dass sich der Tumulus im Nahbereich des „Hærvej“ befand. Heute wird die Deutung des Befundes von Arnitlund allerdings eher angezweifelt, denn mit den genannten Spuren könnte es sich ebenso um Spuren eines ehemaligen gepflügten Feldes, wie sie inzwischen in großer Zahl unter Grabhügeln nachgewiesen sind, handeln.

Doch sprechen auch weitere Gesichtspunkte für die Existenz der Altwegetrasse bereits in der älteren Bronzezeit. So gibt es offenbar in den mittelljütischen Heideebenen Wege- und Fahrspuren, die im Einzelfall unter (einen) bronzezeitlichen Grabhügel(n) „hinwegzutauchen“ scheinen. Die Deutung eines derartigen Befundes kann nur lauten: Der Weg muss älter als der Tumulus sein! Aber selbst wenn man auch derartige Befunde wegen mancher Unzulänglichkeiten in Zweifel zu ziehen geneigt ist, sprechen doch wirtschaftsgeschichtliche Aspekte für die Existenz des alten Fernwegesystems bereits in der älteren Bronzezeit. Hierzu bedarf es zunächst einer knappen Analyse der ökonomischen Situation der Cimbrischen Halbinsel, wie im Übrigen auch des gesamten norddeutsch-südkandinavischen Raumes zu jener Zeit. Die wichtigste und alles entscheidende Feststellung ist, dass wir ab dem zweiten vorchristlichen Jahrtausend in genannter Region zwar ein entwickeltes Bronzehandwerk mit technologisch hohem Standard nachweisen können, im Gegensatz dazu aber keinerlei natürliche metallische Ressourcen erkennen. Für das entwickelte bronzezeitliche Metallhandwerk grundlegende Rohstoffe wie Kupfer und Zinn - andere ebenfalls zur Legierung verwendete Metalle brauchen im vorliegenden Zusammenhang nicht zu interessieren - mussten also

aus ihren Herkunftsregionen in Mittel- und Süddeutschland, wiewohl auch dem weiteren ostalpinen und karpatenländischen Raum, dem Norden „zugeführt“ werden. Hierfür spricht nicht nur die sich aus der Verbreitung der genannten Rohstofflagerstätten ergebende Plausibilität, sondern auch die Tatsache, dass sich in Norddeutschland und Skandinavien zahlreiche Fertigprodukte jener Herkunftsregionen finden, was auf intensive Fernhandelsbeziehungen schließen lässt.

Sicherlich wurden beim Transport der Rohstoffe wegen eindeutiger Vorteile im Verhältnis von einzusetzender Kraft und zu bewegender Last nach Möglichkeit Wasserwege genutzt. Auch darf man zu jener Zeit bereits von einer nicht unbedeutlichen Küstenschifffahrt ausgehen. Für die Cimbrische Halbinsel scheidet der Transport zu Wasser jedoch zumindest im Binnenland wegen fast ausschließlich ost- oder westgerichteter Fließgewässer weitgehend aus. Auch die Küstenschifffahrt dürfte zu jener Zeit kaum Vorteile gegenüber dem Landtransport gebracht haben, weil der Rohstoffbedarf eher im Landesinnern mit seinen gewerblichen Produktionsstätten anfiel.

Was die Geschwindigkeit auf dem alten Fernweg anbelangt, so erinnern wir uns an die um 1070 n. Chr. niedergeschriebenen Worte Adams von Bremen (s.o.). Der kaum 100 Jahre jüngere Pilgerbericht des Abtes Nils Saemundarson gibt eine ähnliche Reisegeschwindigkeit an. Da wir annehmen dürfen, dass sich die Verkehrs- und wegetechnischen Bedingungen von der Bronzezeit bis hin zum hohen Mittelalter nur unwesentlich geändert hatten, gewinnen wir so auch einen Anhaltspunkt für das Reisetempo in älterer Zeit. Das Durchmessen der Cimbrischen Halbinsel von der Elbe bis an den Lim-Fjord war also in gut 14 Tagen, das der Region zwischen Königsau und Eider in vier bis fünf Tagen möglich. Beim Transport größerer Lasten mag sich die Reise zwar verzögert haben, bei entsprechendem technischen Aufwand vielleicht aber auch nicht. In jedem Fall lassen die postulierten Reisegeschwindigkeiten keine gravierenden Probleme bei der Beschaffung und Verteilung der notwendigen Ressourcen vermuten.

Obwohl die Cimbrische Halbinsel in der Bronzezeit besonders im Bereich der Nordseeküste eine gegenüber heute völlig andere Gestalt mit deutlich weiter nach Westen ausgreifenden Landflächen besaß - Ursache hierfür war der damals insgesamt tiefer liegende Meeresspiegel -, scheinen wir auf der Schleswiger Landenge schon nahezu identische geographische Voraussetzungen wie heute vorzufinden. Folglich musste diese Region damals schon den Charakter einer Art Zwangspassage gehabt haben. Eine gute Bestätigung für diese Annahme sind die mit der archäologischen Landesaufnahme registrierten ehemaligen Nord-Süd-gerichteten Grabhügelzüge in der Umgebung des Danewerks, die hier noch bis in die frühe Neuzeit den alten Fernweg flankierten (Abb. 10). Die vor hundert Jahren von S. Müller scharfsinnig formulierte These des vorgeschichtlichen

Grabhügelweges findet also heute unter Hinzuziehung neuerer Erkenntnisse eine solide Untermauerung.

Zur Ergründung der Wegeverhältnisse in der Jungsteinzeit müssen wir wiederum zunächst die wirtschaftlichen und geostrategischen Voraussetzungen der in Rede stehenden Region analysieren. Hier fallen zwei grundlegende Unterschiede im Vergleich zur ersten regulären Metallzeit auf: 1. Im Vergleich zur Bronzezeit ist die Bevölkerung relativ autark, d.h., die zur Aufrechterhaltung der Lebensverhältnisse notwendigen Ressourcen liegen mehr oder minder in überschaubaren Einzugsbereichen. 2. Die geographischen Verhältnisse der Cimbrischen Halbinsel sind deutlich verschieden von denen späterer Zeit.

Besonders letzterer Punkt bedarf einer näheren Erörterung. Verantwortlich für die gegenüber jüngeren Epochen grundlegenden Unterschiede im geostrategischen Bereich sind andere Meeresspiegelhöhen. Mit mehr als vier Meter unter heutigem Niveau wirkt sich nämlich der durch die Nordsee-Gezeiten bewirkte Wasserrückstau des Flusssystem von Eider, Treene und Sorge nicht in vergleichbarer Art und Weise aus wie etwa heute. Dieser Rückstau und die damit verbundene Vernässung der Flussauen war es ja, der erst die Zwangspassage des alten Fernweges auf der Schleswiger Landenge bewirkte. Ohne den beschriebenen Rückstau von Eider, Treene und Sorge gab es sicherlich andere Wegemöglichkeiten für den Nord- Süd-Verkehr.

Ein wichtiger archäologischer Befund bestätigt diese Annahme eindrucksvoll: In der Eiderniederung bei Hamdorf westlich von Rendsburg liegt in unmittelbarer Flussnähe ein kleiner Friedhof von Megalithgräbern der Jungsteinzeit (Abb. 11). Heute ist deren Umgebung Überschwemmungsgebiet der Eider. Zur Zeit ihrer Erbauung - der Grabkammertyp (sog. erweiterte Dolmen) spricht für eine Errichtung bereits um die Mitte des vierten vorchristlichen Jahrtausends - muss es sich hier aber um festes Land gehandelt haben, denn ein Transport der benötigten Steine über vernässtem Untergrund erscheint undenkbar. Wenn man aber in der Eiderniederung damals Megalithgräber errichten konnte, dann muss zu dieser Zeit das Flusstal - auch das von Treene und Sorge - noch gut passierbar gewesen sein. Damit ergibt sich im Vergleich zu späterer Zeit nicht mehr die wegetechnische Einengung auf den sechs Kilometer breiten Korridor im Bereich der Schleswiger Landenge zwischen Schlei und Hollingstedt. Darüber hinaus kann angesichts der beschriebenen Meeresspiegelniveaus damals der westliche Schleibereich mit Großer Breite, Haddebyer und Selker Noor - selbst heute ein typischer Flachwasserbereich - noch gar nicht existiert haben. Man darf also mit einiger Berechtigung davon ausgehen, dass es andere Möglichkeiten von (Fern-) Wegetrassen gab, was letztlich auch gegen die Notwendigkeit der Existenz des Ochsen- bzw. Heerweges im Sinne des „Großen Landweges“ schon in der Jungsteinzeit sprechen

könnte.

Wenngleich damit nicht von vornherein das Vorhandensein zumindest auch von Teilstücken des alten Weges schon in der Jungsteinzeit ausgeschlossen werden kann, verdichten sich die Indizien und Plausibilitäten erst mit der älteren Bronzezeit dergestalt, dass man ihn mit einiger Berechtigung als wirklich genutzte Fernverkehrsader anzusehen berechtigt ist.

Das Alter des Ochsenweges / Hærvej umfasst damit nach heutiger Einschätzung annähernd vier Jahrtausende. Diese Altersangabe konnte, so das Anliegen dieser Veröffentlichung, zu einem Großteil anhand der Analyse von Quellen des Landesteils Schleswig erarbeitet werden. Abgesehen vom beeindruckenden Wegealter wirft das vorgestellte Ergebnis aber auch ein besonderes Licht auf das Land zwischen Königsau und Eider selbst: Es ist damit kulturhistorisch gesehen als Kommunikationskorridor geradezu prädestiniert.

Zwar war dessen Nutzung, so beschreiben es die Geschichtsquellen, durch die Zeiten aufgrund seiner geostrategischen Lage durchaus nicht immer konfliktfrei. Heute, im Zeitalter der europäischen Annäherung, ermöglicht die Beschäftigung mit dem Ochsenweg / Hærvej aber im besten Sinne grenzüberschreitende Geschichtsbetrachtungen. Aufgrund seiner Bedeutung, von der mit vorliegender Bearbeitung vorrangig der Aspekt Wegealter diskutiert wurde, könnte er daher symbolträchtig als Bindeglied der neu geschaffenen Region Schleswig-Sonderjylland eingesetzt werden, zumal seine legitime Nachfolgerin, die Autobahn A7 / E45, letztlich diese Rolle übernommen hat, und man muss kein Prophet sein, um zu behaupten, dass diese seit vier Jahrtausenden etablierte Verkehrs- und Kommunikationsader ihre Bedeutung für die Cimbrische Halbinsel, also Jütland und Schleswig-Holstein, auch zukünftig nicht verlieren wird.

Literaturhinweise:

- St. W. Andersen, Æ Vold. In: Skalk 1993, S. 9-13.
- H. Becker-Christensen, Hærvejen i Sønderjylland - et vejhistorisk Studie. Fra Kongeåen til Danevirke. Apenrade 1986³.
- K.-E. Frandsen, Okser på vandring. Produktion og eksport af stude fra Danmark i midten af 1600-tallet. Herning 1994.
- W. Gijsbers, Kapitale ossen. De internationale handel in slachtvee in Noordwest-Europa (1300-1750). N. W. Posthumus Reeks 9. Hilversum 1999.
- Th. Hill, B. Zieh u.a., Von Wegen. Auf den Spuren des Ochsenweges (Heerweg) zwischen dänischer Grenze und Eider. Flensburger Regionale Studien,

Bd. 12, Flensburg 2002.

- W. Kramer, Zur Datierung der Feldsteinmauer des Danewerks. Vorbericht einer neuen Ausgrabung am Hauptwall. In: Archäologisches Korrespondenzblatt 14, 1984, S. 343- 350.
- M. Lidegaard, Hærvejen fra Limfjorden til Danevirke - en turfører. Nytnordisk forlag Arnold Busck. København 1992.
- G. Loewe, Archäologische Denkmäler Schleswig-Holsteins. Kreis Schleswig (seit 1974 Kreis Schleswig-Flensburg). Bd. VIII. Neumünster 1998.
- H. Matthiessen, Hærvejen. En tusindårig vej fra Viborg til Danevirke. København 1971¹².
- S. Müller, Vej og bygd i sten- og bronzealder. In: Aarbøger for nordisk oldkyndighed og historie. København 1904. S. 1-64.
- H. Neumann, Vejspor og bronzealdershøj. In: Haderslev Amts Museum 7, 1958, S. 24-29.
- J. Röschmann, Vor- und Frühgeschichte des Kreises Flensburg. Die vor- und frühgeschichtlichen Denkmäler und Funde in Schleswig-Holstein VI. Neumünster 1963.
- K.-H. Willroth, Landwege auf der cimbrischen Halbinsel. In: Siedlungsforschung. Archäologie - Geschichte - Geographie 4, 1986, S. 9-44.
- B. Zieh, Ochsenweg/Hærvejen - Nordeuropas kulturhistorische Wirbelsäule. In: Wege als Ziel. Kolloquium zur Wegforschung in Münster, 30. November /1. Dezember 2000. Veröffentlichungen der Altertumskommission für Westfalen XIII (Aschendorff Münster 2002) S. 67-86.

100 Jahre Museumsberg Flensburg

von *ULRICH SCHULTE-WÜLWER*

Wie eine Krone liegt heute das Heinrich-Sauermann-Haus über der Altstadt von Flensburg, das vor 100 Jahren, am 13. August 1903, als Museum festlich eröffnet wurde. Damit erfüllte sich das Lebenswerk des Museumsgründers Heinrich Sauermann, der unter dem Eindruck der Weltausstellungen von London 1851 und Wien 1873 begonnen hatte, in Flensburg eine Sammlung alter Möbel und Schnitzereien von der Gotik bis zum Rokoko anzulegen. 1876 wurde Sauermanns Sammlung von der Stadt als Museum übernommen. Die Unterbringung erfolgte zunächst höchst provisorisch in den ehemaligen Bibliotheksräumen des Gymnasiums am Klostergang, in einem Seitenflügel des Rathauses und im alten barocken Lazarett in der Waitzstraße. Der Zweck dieses Kunstgewerbemuseums bestand ursprünglich darin, dem Handwerkerstand, der sich infolge von Gewerbefreiheit und Industrialisierung im Umbruch befand, als Anschauungsmaterial für die Produktion zeitgemäßer Handwerkserzeugnisse zu dienen.

Seit 1890 war dem Kunstgewerbemuseum eine „Staatlich unterstützte Fachschule für Kunsttischler und Bildschnitzer“ angeschlossen. Beide Einrichtungen standen unter der Leitung von Heinrich Sauermann und waren in dem neuen Museumsgebäude erstmals unter einem Dach vereint. Im Souterrain befanden sich die Werkstätten, im Dachgeschoss die Unterrichtsräume und Zeichensäle der Fachschule. Dazwischen waren auf zwei Etagen die Sammlungsräume des Museums untergebracht.

Um den Standort und um den Entwurf des Gebäudes hatte man lange Jahre gerungen. Der Semper-Schüler Heinrich Moldenshardt hatte 1886 Pläne für einen kombinierten Museums- und Theaterbau an der Ecke Holm/Rathausstraße vorgelegt. Dieser hoch attraktive Standort im Zentrum der betriebsamen Innenstadt sollte durch eine Reihe von vermieteten Ladengeschäften eine wirtschaftliche Grundlage bekommen. Schon damals wäre die Stadt Flensburg mit einer derartigen Lösung sehr einverstanden gewesen. Der preußischen Regierung in Berlin war dieses Konzept für die Kunst jedoch nicht würdevoll genug und verlangte als größerer Geldgeber einen isolierten Standort. Daraufhin wurde der heutige Museumsstandort als Bauplatz bestimmt. Der Flensburger Stadtbaumeister O. Fielitz entwarf 1891 einen schlossartigen Kuppelbau, der zur Stadt hin mit einer imposanten Rampen- und Treppenanlage verbunden war (Abb. 1). Auch dieser Entwurf fand in Berlin keinen Gefallen, man bestand auf einem architektonischen

Wettbewerb, wobei die Möglichkeit einer späteren Erweiterung von Anfang an gegeben sein sollte. Von den 54 eingesandten Entwürfen wurden in Flensburg fünf in die engere Wahl genommen, die alle dem internationalen Stil des Historismus verpflichtet waren, vom „Hotelbarock“ bis zum französischen Pavillonstil war alles vertreten (Abb. 2).

In Berlin war man jedoch mit keinem der Entwürfe einverstanden. Hier favorisierte man neuerdings eine Architektur, die sich an einer landestypischen Bautradition orientierte. Nach Jahren eines planerischen Stillstands erhielt der Regierungsbaurat Mühlke aus Schleswig unter Mitwirkung des Geheimen Oberbaurates Eggers aus Berlin im Jahre 1899 den Auftrag, neue Pläne vorzulegen. Beide einigten sich auf eine Architektursprache, die sich am Inhalt der Sammlung orientierte. Die Schnitzkunst im Norden hatte um 1600 in dem Wirken des Flensburgers Heinrich Ringerinck ihre Blüte erreicht, der wir nicht nur zahlreiche Einzelmöbel, sondern auch den Altar in St. Marien und die Orgel in St. Nikolai verdanken. Die Architektur dieser Zeit hatte im Norden mit den kombinierten Ziegel- und Sandsteinbauten in den Schlössern von Husum, Rosenborg und Frederiksborg ihren höchsten Ausdruck gefunden. Einen deutlichen lokalen Bezug stellt der Treppengiebel her, der die Architektursprache des Nordertores aufnimmt. Im Vergleich zu dem etwas düsteren „Behördenstil“ des benachbarten Gerichts und der Nikolaischule wirkt der Bau des Museums mit dem Giebel und dem stattlichen Portal imposant und nicht unelegant.

Von den reinen Baukosten in Höhe von 380.000 Mark übernahm die Regierung in Berlin 170.000 Mark, 50.000 waren durch die Provinz Schleswig-Holstein gedeckt. Den Rest von 160.000 Mark hatte die Stadt Flensburg aufzubringen. Die Schwestern des kurz zuvor verstorbenen Oberbürgermeisters Toosbüy, der sich mit Nachdruck für das Museum engagiert hatte, setzten ein erstaunliches Zeichen und spendeten 40.000 Mark. Eine „Donatorenliste“ belegt die weitere Spendenfreudlichkeit Flensburger Bürger und Firmen.

Im Frühjahr 1900 war Baubeginn, am 17. März 1903 wurde der Bau übergeben, nur knapp fünf Monate benötigte Heinrich Sauer mann für den Einbau der Stuben, Zimmer und Sammlungsräume. Glanzpunkte der Sammlung waren neben den Möbeln und den kirchlichen Kunstwerken zehn eingebaute Stuben und Zimmereinrichtungen von den nordfriesischen Inseln, aus Dithmarschen, Friedrichstadt und Schleswig. Eine weiterer Höhepunkt war das mit zwei Goldmedaillen auf der Weltausstellung in Paris prämierte Zimmer von Heinrich Sauer mann. Die Präsentation der Objekte richtete sich in erster Linie nach der Aufgabe des Museums. In großer Zahl waren Möbel und Möbelteile im Raum und über Stellwände verteilt, um den Handwerkern der Kunstgewerbeschule ein reiches Anschauungsmaterial zu bieten (Abb. 4).

Die festliche Einweihung wurde durch einen Schülerchor mit Beethovens Lobgesang „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ untermalt, dann ergriff Bürgermeister Dr. Todsen das Wort: „Im Jahre 1900 begonnen, entstand auf der Höhe über dem Mittelpunkt unserer Stadt dieser stolze Bau. Hochragend grüßt er über Land und Meer weit in die Nachbarkreise hinein. In den Mauern dieses Hauses sind unsere Sammlungen wohl geborgen und gesichert und wir werden jetzt, was aus dem formen- und farbenreichen Besitztum der Altvorderen hier gesammelt ist, nachkommenden Geschlechtern überliefern können.“ Welchen Stellenwert der Eröffnungstag für das repräsentative Leben der Stadt Flensburg hatte, wird aus Folgendem ersichtlich: Bürgermeister Dr. Todsen wurde am Einweihungstage des Museums von der preußischen Regierung der Titel eines Oberbürgermeisters verliehen. Mit größtem Respekt wurde das neue Museum in allen Kreisen, besonders von den befreundeten Kollegen Artur Hazelius vom Nordiska Museet in Stockholm und Justus Brinckmann vom Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg begrüßt.

Ein Problem allerdings blieb ungelöst: die Anbindung des monumentalen Gebäudes als „point de vue“ und als perspektivischer Abschluss der Rathausstraße. Die Mehrzahl der vorgelegten Entwürfe hatten hierfür pompöse Freitreppenanlagen vorgesehen, die das Abholzen mehrerer Bäume und das Ausschälen des Museumsberges erforderlich gemacht hätten. Nach Abschluss der Baumaßnahme im Oktober 1902 war das Gebäude durch die Bäume des bewaldeten Hanges kaum zu sehen, nur das hohe Dach und der Giebel ragte über die Baumkronen hervor. In der Presse und in der Öffentlichkeit erhoben sich Stimmen gegen das Fällen einzelner Bäume. Der zur Ausführung gelangte Entwurf sucht bereits einen Kompromiss zwischen dem noch heute existierenden serpentinartigen Aufgang zu den ehemaligen Gartenanlagen der Kaufleute Funke und Christiansen und einer Betonung der Mittelachse mit Brückenelementen und Aussichtspunkten. Da jedoch auch in der städtischen Museumskommission keine Einigkeit über das Aussehen einer Freitreppenanlage hergestellt werden konnte, unterblieb eine städtebauliche Anbindung.

Nur ein Jahr durfte sich Heinrich Saueremann über das vollendete Werk freuen. Nach seinem Tod im Jahre 1904 folgte ihm sein Sohn Ernst als Museumsdirektor. Unter der Leitung von Ernst Saueremann hielt die Kunst Einzug in das Museum. Saueremann begann eine Sammlung schleswig-holsteinischer Malerei aufzubauen, die bis heute auf rund 1200 Gemälde angewachsen ist. Ernst Saueremann machte es sich zur Aufgabe, jedes Jahr das Werk eines bedeutenden schleswig-holsteinischen Gegenwartskünstlers auszustellen. Der Auftakt sollte im Jahre 1905 mit einer Ausstellung mit Werken von Emil Nolde erfolgen. Dies wäre die erste Einzelausstellung Noldes überhaupt gewesen. Leider zog Nolde seine

Zusage zurück, weil seine Frau Ada erkrankt war. So wurde Hans-Peter Feddersen die Ehre zu teil, als erster Künstler im Flensburger Museum auszustellen. Der gute Ruf des Flensburger Museums machte in Künstlerkreisen schnell die Runde. 1907 fragte Erich Heckei bei Saueremann an, ob die Künstler der „Brücke“ im Flensburger Museum ausstellen könnten. Nach der Kunsthalle Bremen und der Kunsthalle in Düsseldorf war dies die dritte Museumsausstellung der „Brücke“, an der neben Heckei, Pechstein und Kirchner auch Nolde beteiligt war. Die Nolde-Ausstellung wurde im Jahre 1909 nachgeholt.

Über 30 Jahre hatte das Museum die Funktion eines Landesmuseums für den Landesteil Schleswig, erst mit dem 1937 gegründeten Nissenhaus in Husum und dem 1946 auf Schloß Gottorf eingerichteten Landesmuseum wird die Aufgabe der Pflege des kulturellen Erbes im alten Herzogtum Schleswig auch dort wahrgenommen.

Da in dem Museumsgebäude keine Magazinräume eingeplant waren, erwies sich das Haus auf dem Museumsberg schon bald als zu klein. Für 4000 Objekte gebaut, war der Bestand bis zum Ende des 1. Weltkrieges auf das Doppelte angewachsen. Da sich die dringend notwendige Erweiterung nicht realisieren ließ, ging Ernst Saueremann 1921 als Museumsdirektor und Landeskonservator nach Kiel. 80 Jahre musste das Museum auf eine Erweiterung warten. Mit der Eröffnung des Schifffahrtsmuseums 1984 kam Bewegung in die endlosen Diskussionen. Mit dem Ausbau des Hans-Christiansen-Hauses 1996 hat sich das Flensburger Museum wieder in die erste Reihe der Schleswig-Holsteinischen Museen zurückgemeldet.

Literatur:

- Hans-Günther Andresen, Das Kunstgewerbemuseum in Flensburg - Bemerkungen zur Architektur und Planung des Museumsbaues. In: Nordelbingen - Beiträge zur Kunst und Kulturgeschichte Bd. 43, 1974, S. 10-30.
- Ulrich Schulte-Wülwer, Wie eine Krone über der Altstadt. In: Flensburger Tageblatt, 6.8.2003.

Der Bismarck-Turm auf dem Scheersberg

Einst ein nationales Symbol, heute ein Wahrzeichen der Landschaft Angeln

von BERND PHILIPSEN

Der Flensburger Journalist Bernd Philippsen ist unseren Lesern seit den 80er Jahren durch seine in den Grenzfriedensheften erschienenen Pionierarbeiten zur Geschichte der Juden in der Region bekannt; er gilt heute als anerkannter Fachmann auf diesem Forschungsfeld. Auch die vorliegende, auf akribischer Quellenrecherche beruhende Arbeit über die 100-jährige Geschichte des Bismarck-Turms auf dem Scheersberg fördert viel Neues zutage. Der Beitrag geht auf eine Zeitungsserie zurück, die Philippsen in den letzten Monaten im Flensburger Tageblatt, in den Schleswiger Nachrichten und im Kappeiner Schlei-Boten publizierte. Am regionalen Beispiel des Bismarck-Turms in Angeln zeichnet der Verfasser Kontinuität und Wandel der bürgerlichen Bismarck-Rezeption in Deutschland nach. Bismarcks gewaltsame Reichseinigung „von oben“- einschließlich der Annexion des überwiegend dänischen Nordschleswig - und eine Politik im Innern, die ihre demokratischen Gegner als „Reichsfeinde“ diskriminierte, hat eine unheilvolle bürgerliche Tradition in der deutschen Geschichte begründet, die vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Nationalsozialismus und darüber hinaus weit in die Zeit der Bundesrepublik Deutschland reicht.

Bismarcks Politik wurde nach 1871 von bürgerlichen Kreisen nicht allein gebilligt und begrüßt, Bismarck wurde noch lange nach seinem Ableben in vielfältiger Form zur Darstellung des eigenen Selbstverständnisses benutzt. Der Bismarck-Turm auf dem Scheersberg ist ein Beispiel dafür. Erst allmählich setzte sich - auch in der Geschichtswissenschaft - eine kritische Sicht des „Eisernen Kanzlers“ durch. Diese Wende wird durch die vielbeachtete Rede des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann zum 100. Jahrestag der Reichsgründung 1971 markiert. „Bismarck als Schöpfer der Einheit mit Blut und Eisen - so wurde es gelehrt und in der Fülle der ihm gewidmeten Denkmäler... dargestellt“, heißt es in der Rede. „Aber Bismarck gehört nicht in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten ... Die Reichsgründung hatte die Verbindung von demokratischem und nationalem Wollen zerrissen.“

Die Redaktion

Bismarck als nationales Symbol

Otto Graf von Bismarck (Schönhausen 1815 - Friedrichsruh 1898) war bereits zu Lebzeiten zu einer verehrten nationalen Kultfigur geworden. In weiten Bevölkerungskreisen wurde ihm eine fast mythische Verherrlichung entgegengebracht. Liberale und sozialistische Kreise sahen in dem „Eisernen Kanzler“ allerdings eher einen mit Blut und Eisen unverantwortlich umgehenden Gewaltmenschen. Nach seinem Tod wurde Bismarck als nationales Symbol verklärt. Der Bismarck-Boom findet seinen Ausdruck in Hunderten von Denkmälern. Straßen, Plätze, Parkanlagen, Ortschaften und - in den deutschen Kolonien - ganze Landstriche und Inselgruppen wurden nach ihm benannt. Von 410 geplanten Bismarcktürmen wurden genau 238 errichtet, davon 8 im Gebiet des heutigen Schleswig-Holstein: in Aumühle (Einweihung 1901), Bad Schwartau (1902), Friedrichsruh (1903), Itzehoe (1905), Lütjenburg (1898), Malente (ca. 1908), Plön (1913) und auf dem Scheersberg (1903) in der Gemeinde Quern. Bis auf das einst aus Holz errichtete Bauwerk in Malente haben alle anderen schleswig-holsteinischen Bismarcktürme die Zeitläufte überlebt. Unter ihnen ist der Turm auf dem Scheersberg mit seinen 32,30 Metern bis zur Spitze der Fahnenstange der stattlichste.

Aufruf der deutschen Studentenschaft

Als sich im Jahre 1898 die deutsche Studentenschaft mit einem Aufruf „an das deutsche Volk“ richtete, den - wie es dort heißt - „dahingeschiedenen Altreichskanzler“ Bismarck mit dem Bau von Türmen und Säulen zu ehren, fanden die jungen Akademiker auch in der Landschaft Angeln ein offenes Ohr. Hier hatten sich patriotisch eingestellte Kreise schon zu Lebzeiten ihres Idols Bismarck mit einem solchen Vorhaben beschäftigt, waren allerdings noch nicht zu einem konkreten Ergebnis gekommen.

Insofern brachte der Appell der Studentenschaft, „dem Unvergesslichen ein bleibendes, würdiges und volkstümliches Wahrzeichen vaterländischen Dankes“ zu errichten, neue Bewegung in die Diskussion in Angeln. Als Standort für ein Bismarck gewidmetes Bauwerk kam für die hiesigen Initiatoren nur der Scheersberg in Frage - ein wahrhaft historischer Ort, an dem in vor- und frühgeschichtlicher Zeit Grabhügel geschaffen wurden. Die Erklärung des Ortsnamens Scheersberg gibt bereits einen eindeutigen Hinweis: „Berg mit Steinen“ - genauer: mit Findlingen, die in vor- und frühgeschichtlicher Zeit auf der Kuppe zu Grabhügeln aufgeschichtet worden waren. Am Osthang des Scheersbergs wurden 1844 erstmals Urnen geborgen. Anfang des 17. Jahrhunderts wurde auf der Anhöhe ein optischer Telegraf zur Nachrichtenübermittlung installiert. Zudem bildet allein schon

der Berg - er ist mit seinen 70 Metern aber nicht die höchste Erhebung Angelns - ein deutliches und weithin sichtbares Landschaftselement. In seinem Umkreis beginnen mehrere Auen ihren Lauf.

Anfang 1899 rückte das Turm-Projekt auf dem Scheersberg näher, so dass elf Persönlichkeiten aus dem Angelner Raum - darunter Gutsbesitzer und Amtsträger - den Schritt an die Öffentlichkeit wagten: In einer Pressemeldung taten sie am 2. Juni 1899 kund, dass sie beschlossen hätten, „eine Aufforderung zur Errichtung eines Bismarck-Thurmes auf dem schönsten Aussichtspunkte Angelns, dem Scheersberge, ergehen zu lassen, in der Hoffnung, daß eine allgemeine Beteiligung stattfindet, und durch Unterstützung durch die Sparkassen und freiwillige Beiträge die Mittel zum Bau zusammen kommen.“ Der Plan sei nicht neu, sondern mehrfach erörtert worden; „liegt es doch so nahe, daß Angelns seinem Befreier vom Dänenjoch gerade an der Stelle, von wo aus 1864 so sehnsüchtig auf die siegreiche Beendigung des Kampfes um das letzte Bollwerk der Dänen, Düppel, geschaut wurde, ein Denkmal errichtet.“

Auf einer Versammlung am 21. Juni, an der etwa 50 Personen aus allen Teilen Angelns, aber auch aus Flensburg, teilnahmen, wurden erste handfeste Beschlüsse gefasst, indem man sich grundsätzlich über Art des Bauwerks und Wege der Finanzierung einigte. Es wurde ein 15-köpfiges Komitee mit Jacob Nissen aus Großquern an der Spitze gewählt, das sich um Detailfragen kümmern und damit das Projekt rasch vorantreiben sollte.

Zu den eifrigen Befürwortern des Turm-Planes gehörten die Wirtsleute des benachbarten Gasthauses, die sich davon auch eine Zunahme ihrer Besucherzahlen versprachen. Seit den 1870er Jahren gehörten weite Teile des Scheersbergs dem Gastwirt, der auf dem Gipfel für Gäste und Besucher einen achteckigen Pavillon errichten ließ. Umgeben war er von einer parkähnlichen Anlage. Dieser Pavillon musste später dem Turmbau Platz machen.

Der Architekt Wilhelm Prale

Die Angeliter waren schon immer ein bisschen eigensinnig: Zwar fiel am 21. Juni 1899 endgültig die Entscheidung, auf dem Scheersberg einen Turm zu Ehren von Bismarck zu errichten, doch widersetzte man sich einer reichsweiten Gestaltungsempfehlung des Architekten Wilhelm Kreis aus Eltville im Rheingau, nach dessen aus einem Wettbewerb hervorgegangenen Plänen in ganz Deutschland 47 Türme gebaut wurden, und entschied sich für eine regionale Lösung: An dem Scheersberg-Entwurf waren unter der Regie des Flensburger Architekten Alexander Wilhelm Prale die Baumeister Nikolaus Clausen (Steinbergkirche) und Peter Schmidt (Steinberghaff) beteiligt.

Für Prale, der sich in Flensburg als Architekt schon einen Namen gemacht hatte, war es eine Ehrensache, an dem Turm-Projekt mitzuwirken. So verzichtete er generös auf ein Honorar für seine Dienste.

Er war ein in Flensburg vielbeschäftigter Baumeister und Architekt, der - als „Zugereister“ - rasch durch sein Können und die Einheirat in eine alteingesessene Familie in die gesellschaftliche Oberschicht der Fördestadt aufstieg. 1850 im Inländischen Dorpat als Sohn eines Kaufmanns geboren, studierte er nach Gymnasiumsbesuch und Zimmermannslehre in Hamburg bis 1873 am Polytechnikum in Hannover Architektur. Seine ersten praktischen Berufserfahrungen sammelte er in Dresden. Möglicherweise war es der geplante Wiederaufbau des am 1. September 1877 durch Blitzschlag zerstörten Turms der Nikolaikirche, der Prale nach Flensburg führte. Im Mai 1878 übernahm er die Bauleitung dieses Projekts. Es schloss sich der Auftrag an, für die Marienkirche einen neuen Turm zu errichten. So standen am Beginn seiner Karriere in Flensburg diese und weitere kirchliche Bauten. „In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde Prale zum führenden Kirchenbauarchitekten im Flensburger Raum“, schreibt denn auch Eiko Wenzel, im Flensburger Rathaus zuständig für die Bereiche Bauordnung, Denkmal- und Naturschutz, in einer 1999 erschienenen Würdigung von Leben und Werk des Architekten. Innerhalb der überwiegend durch Handwerksmeister bestimmten Flensburger Bauszene habe sich der akademisch ausgebildete Prale sofort eine herausragende Position gesichert.

Aber auch durch eine Reihe von Profanbauten hat Prale zur Bereicherung des Stadtbildes beigetragen. In seinem eigenen, 1880 gegründeten Architektenbüro entstanden die Pläne für zahlreiche Villenbauten sowie Wohn- und Geschäftshäuser vor allem im neugotischen Ziegelbau. Als Beispiele dafür seien hier die Villa, die seit 1920 das dänische Konsulat beherbergt, und das viergeschossige Wohnhaus Schiffbrückstraße 6 erwähnt. In dem ihm so vertrauten neugotischen Stil wurde auch der Bismarck-Turm auf dem Scheersberg errichtet. Alexander Wilhelm Prale starb am 23. Juli 1910 in Flensburg.

Innerhalb von drei Jahren entstand also in neugotischem Stil auf dem Scheersberg ein Bauwerk, das seit 1992 im Denkmalsbuch des Kreises registriert ist und dort wie folgt beschrieben wird: „Untergeschoss quadratisch aus Granitquadermauerwerk (mit Spenderinschriften), einem leicht vorgezogenen Spitzbogenportal mit Treppengiebel (roter Ziegel) und einer vorgelagerten Terrasse mit Freitreppe (Granit mit Spenderinschriften). Die oberen Turmgeschosse aus roten Ziegeln mit abgeschrägten Ecken und Blendnischen. Oberstes Geschoss mit Spitzbogenfenstern, darüber eine leicht vorkragende Aussichtsplattform mit Zinnbrüstung und Wasserspeiern. In der Mitte der Plattform eine Laterne mit proportional verkleinertem Grundriss, Zeltdach und bekrönender Fahnenstange.“

Nicht erwähnt wird hier das Bismarckwort über der Eingangstür, das in seiner verkürzten Form immer wieder für Diskussionsstoff sorgt: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt“. Tatsächlich hatte Bismarck in einer Rede vor dem Reichstag 1888 gesagt: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt; und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen lässt.“

Die Stifter

Wie auch bei anderen nationalen Denkmälern spielte bei der Finanzierung des Bismarck-Turms das Mäzenatentum eine bedeutende Rolle. Wer sich an den Kosten für den Bau des Turms beteiligen wollte, konnte das durch eine direkte Geldspende oder die Finanzierung eines Steinquaders tun. So wirkt der Turm heute wie eine große Litfaßsäule. Denn jeder Spender eines Steins konnte sich durch die Nennung seines Namens in dem Granit verewigen.

Die Gesamtkosten für Bau und Einrichtung des Bismarck-Turms beliefen sich auf rund 30.000 Mark. Sie wurden ausschließlich durch Zuwendungen, Stiftungen und Spenden aufgebracht. Über die Finanzierung ist in der zur Grundsteinlegung 1900 erschienenen Festschrift zu lesen: „An der Sammlung haben sich beteiligt: die Stadt Flensburg mit 1.600 Mk., die beiden Sparkassen in Steinberg und die Grundhofer Sparkasse mit je 1.000 Mk., dann besonders die Kirchspiele Quem, Grundhof und Steinberg. Fürs übrige sind aus allen Gegenden Angelns und den angrenzenden Städten Beträge eingegangen. Granitsteine mit Orts- und Personennamen sind aus allen Gegenden Angelns geschenkt: dieselben werden im unteren Teil des Turmes vermauert und das Andenken an die Geber verewigen.“ Die ursprüngliche Spendenliste für die Granitsteine ist nicht überliefert. Doch der Hausmeister des Jugendhofs auf dem Scheersberg, Klaus-Dieter Matzen, hat durch eine aufwendige Vor-Ort-Recherche die Zahl der Steine und die Namen der Spender ermittelt. Jeder private Stifter musste für die Anbringung eines Steins im Turmbau 20 Mark bezahlen. Der einzumeißelnde Spendername wurde zusätzlich mit 40 Pfennig je Buchstabe berechnet. Es sind nach Matzens Übersicht 373 Steine mit insgesamt 5.156 Buchstaben verbaut worden. Auf diese Weise kamen also 7.460 Mark für die Steine und weitere 2.062 Mark für die Buchstaben in die Kasse des Turmausschusses. Eine letzte Finanzierungslücke wurde zunächst von der Sparkasse in Bredegatt übernommen und nach und nach durch weitere Geldspenden geschlossen.

Zahlreiche Gemeinden aus allen Teilen Angelns stifteten einen Granitstein, u.a. Ausacker, Brebel, Dollerup, Grundhof, Husby, Kiesby, Maasbüll, Rabel, Satrup, Stolk, Süderbrarup und Wees, aber auch der Kreis Schleswig und die Städte

Glücksburg und Kappeln. Die Reihe der Einzelspender reicht von A bis Z, vom Landrat Kurt von Alten aus Schleswig über Eisenbahndirektor Emil H. Kurth und Flensburgs Landrat Anton Wallrath bis zum Kaufmann Georg August Ziese aus Kieholm. Auf der bunten Liste der Spender stehen ferner zahlreiche Unternehmen, Institutionen und Vereinigungen wie der Reiterclub, die Baugewerksinnung, die „Getreuen in Ringsberg“, Gesangvereine, Kriegerverbände, der „Verein Königin Flensburg“ und zwei Mohrkirchener Höfe namens „Norwegen“ und „Schweden“. Auch die Mitglieder der Schmiede-Innung Angeln fühlten sich aufgerufen, sich an der Spendenaktion zu beteiligen. Der Granitstein, den sie für das Bauwerk stifteten, ist-wie es die eingemeißelte Inschrift ausdrücklich kundtut-„Dem Reichschmied“ gewidmet. Für den Turmbau musste ein großer vorgeschichtlicher Grabhügel, in dem sich zwei Grabkammern befanden, völlig abgetragen werden. Die hierbei freigelegten Findlinge fanden beim Bau des Fundaments für den Turm Verwendung. Die Grundsteinlegung am 18. Juli 1900 geriet zu einem „erhebenden patriotischen Feste“, wie der Kappeiner Schlei-Bote seinerzeit berichtete. „Um 4 1/2 Uhr nachmittags begaben sich zur Vornahme des Weiheaktes das Komitee und die Festteilnehmer nach dem schön geschmückten Festplatz, dem Hügel, auf dem der Pavillon steht, auf dem nunmehr der Bismarckturm errichtet werden soll“, heißt es weiter in dem Bericht der Lokalzeitung, die das gesamte Turmprojekt mit stets wohlwollendem Interesse begleitete. Der Querner Kampfgenossen- und Kriegerverein bildete Spalier; der Querner Gesangverein intonierte einen Choral.

Die Reihe der Ehrengäste wurde angeführt von Landrat Emil Pfeffer, der in seiner Begrüßungsansprache betonte, „es gelte, Deutschlands größten Mann, den Mann deutscher Treue, deutscher Ehre und Kraft, dem Fürsten Bismarck, ein Denkmal zu setzen als Zeichen der Dankbarkeit für alles Große, was er für Deutschland gethan und errungen.“ In diesem Sinne äußerte sich auch der Querner Gemeindevorsteher und Vorsitzende des Turmkomitees, Jacob Nissen, der ferner darauf hinwies, dass der Platz, auf dem der Turm errichtet werde, „geweihter Boden“ sei: „Ist doch dieser Hügel, das ihn umgebende Feld eine Gräberstätte, auf der unsere Vorfahren vor ca. 2000 Jahren schon ihre lieben Toten zur letzten Ruhe betteten. Soll doch der Sage nach unter diesem Hügel ein Mann schlafen, der ein Held, ein Häuptling, ein Fürst unter seinem Volke war.“

Doch bevor der Grundstein samt Dokumentenkapsel offiziell gelegt wurde, wurde die Hoffnung ausgesprochen, „dass dieser Turm sich Stockwerk um Stockwerk, ohne Unfall insbesondere auch für alle diejenigen, die daran arbeiten werden, aufbauen und dass nach einigen Monden, ehe der Winter die Landschaft mit Schnee und Eis bedeckt, der Schlussstein das Ganze krönen möge.“

Es schlossen sich weitere patriotisch gefärbte Reden und ebensolche Gesangs-

beiträge an.

Die Festschrift, die zur Grundsteinlegung erschienen ist, gibt Auskunft über Motive und Stimmungen, die zu dem Turmbau geführt haben: „Das Gefühl der Dankbarkeit für unsere Befreiung und die Errichtung des Deutschen Reiches begründeten den Plan, dem Andenken des Eisernen Kanzlers, dem Fürsten Bismarck ein herausragendes und dauerhaftes Denkmal zu setzen. Es wurde dafür der Scheersberg gewählt, weil dieser Punkt als der schönste Punkt Angelns bekannt ist, von wo aus der größte Teil des schönen Landes zu übersehen ist, auch die während der Kämpfe 1848, 1849 und 1864 soviel genannten Punkte Düppel und Sonderburg deutlich sichtbar sind, und weil derselbe, von nah und fern durch die Kreisbahn leicht erreichbar, in der besseren Jahreszeit stets zahlreiche Besucher anlockt.“

Im Vergleich zu dieser doch recht pompösen Grundsteinlegung fiel das Richtfest am 4. Oktober 1902 geradezu bescheiden aus. An diesem Tage wurde die von dem Kaufmann und früheren Stadtrat Carl Georg Andresen aus Flensburg gestiftete Fahnenstange zur Krönung des Turms dem Scheersberg-Komitee übereignet. Dieses Geschenk aus Eisen war auf der Flensburger Schiffswerft angefertigt worden.

Die Einweihung

Die Einweihung dagegen geriet zu einem gesellschaftlichen Ereignis ersten Ranges: Sie wurde am 5. Juni 1903 mit großem Bahnhof und viel Prunk gefeiert. 2000 Festteilnehmer wohnten diesem Ereignis bei. Prominentester Ehrengast war Kurt Freiherr von Wilmowski, von 1901 bis 1906 Oberpräsident der preußischen Provinz Schleswig-Holstein mit Sitz in Kiel. „Seine Excellenz“ kam der Lokalpresse zufolge in Begleitung der Gattin von Landrat Emil Pfeffer per Fuhrwerk von Flensburg und wurde bei Husbyries von mehr als 20 Reitern und zahlreichen Mitgliedern des Husbyer Kriegervereins in Empfang genommen und zum Scheersberg eskortiert. Dort wurden die illustren Gäste durch Mitglieder des Turm-Komitees und Vertreter von 16 Kriegervereinen begrüßt.

In Vertretung des erkrankten Landrats hielt der Vorsitzende des Turm-Komitees, Jacob Nissen, eine - so die Flensburger Nachrichten - „zündende Weiherede“ und „übergab den Turm in die Obhut der Polizeibehörde mit dem Wunsche, dass niemals an dieselbe die Aufgabe heranreten möge, einen Schänder dieses Denkmals zu bestrafen“. Amtsvorsteher Peter Schlott sprach den Wunsch aus, „daß das schöne Denkmal unseren Nachkommen erhalten und jederzeit ein Zeugnis ablegen möge für die Liebe zum Vaterlande und für die Begeisterung für Kaiser und Reich.“ Dieser offiziellen Einweihung, die mit der Besteigung des Turms

durch die Ehrengäste und mit einer Reihe von Böllerschüssen endete, schloss sich ein Festessen im großen Saal des benachbarten Gasthauses an. Dort wurde nicht nur fein gespeist, sondern auch mancher Toast ausgebracht, wie weiter dem Korrespondentenbericht der Flensburger Nachrichten zu entnehmen ist. Oberpräsident von Wilmowski „weihte das erste Glas unserem erhabenen Kaiser mit dem Gelübde, ebenso in unwandelbarer Treue und Liebe zu Kaiser und Reich zu stehen, wie dies einst Fürst Bismarck getan“.

Nachdem der Oberpräsident und weitere hohe Herrschaften abgereist waren, fand am Abend ein geselliger Kommers statt, auf dem es etwas volkstümlicher zuging. „Manche ernsthafte und scherzhafte Rede wurde noch gehalten“, immer wieder unterbrochen durch Musik und Gesang. Am späteren Abend „wurde der Turm illuminiert und mehrfach bengalisch beleuchtet“, wie weiter berichtet wurde. Und: „Punkt 11 Uhr stiegen 6 Raketen in die Höhe, worauf von den Düppeler Höhen wie auch von dem Bismarckturm auf dem Knivsberg ein gleiches geschah.“ „Es war eine schöne erhebende Feier“, resümierte der aus Flensburg herbeigereiste Berichterstatte.

Der „Turm-Vater“

Wie eng einst der alteingesessene Gasthof auf dem Scheersberg und der benachbarte Bismarck-Turm miteinander verknüpft waren, dokumentiert besonders ein Vertrag, der am 5. Januar 1904 zwischen den Wirtsleuten Asmus Heinrich und Dorothea Christiane Thomsen und dem Turm-Komitee geschlossen wurde. Dadurch wurde dem Gasthaus die Aufsicht über den Turm übertragen. Im Vorbau des Turms durften Speisen und Getränke angeboten werden, heißt es in dem vor einem königlich-preußischen Notar in Kappeln besiegelten Vertrag. Auch blieb den Wirtsleuten Vorbehalten, Turm-Ansichtskarten und -Souvenirs zu verkaufen. Im Gegenzuge mussten sie die Betreuung des Bismarck-Turms übernehmen. Dazu gehörten die Reinhaltung des Bauwerks und die Pflege der ihn umgebenden Gartenanlagen.

Das Turm-Komitee hatte zwar weiterhin die Oberaufsicht inne und über grundsätzliche Fragen zu entscheiden, doch die Abwicklung des täglichen Betriebs überließ es gern der benachbarten Gaststätte.

Als Gastwirtssohn Otto Thomsen den Betrieb von seinen Eltern übernahm, war es für ihn eine Selbstverständlichkeit, auch die Rolle des „Turm-Vaters“ auszufüllen. Das tat er jahrzehntelang mit großem Einsatz. Und diese mit dem Wirtshaus verbundene Tradition lebt weiter fort: Auch Eckhard Szidat, der später die Gasthof-Immobilie erwarb und darin ein Fitness-Center einrichtete, sieht sich in der Pflicht. Wenn er hinter seinem Tresen steht und durch das Fenster nach draußen

schauf, hat er den Turm genau im Blick - und damit auch die Besucher, denen er den großen Schlüssel für eine Turmbesteigung anvertraut hat.

Die Besucher

Mit dem Bau des Bismarck-Turms hatte sich die Region nicht nur ein im wahrsten Sinne des Wortes herausragendes nationales Monument geschaffen, sondern zugleich einen attraktiven Anziehungspunkt für Ausflügler und Touristen. Sogleich setzte ein Strom von Besuchern ein. Sie kamen mit der Kreisbahn bis zum Bahnhof Nübelfeld, mit der Kutsche oder zu Fuß.

Die Begeisterung der Turm-Besucher war groß und schlug sich in manch literarischem Erguss nieder. „Vor unserem entzückten Auge liegt ein großer und wohl der schönste Teil Angelns, einem schönen Garten Gottes zu vergleichen, mit den im Kranze grüner Bäume versteckt daliegenden Einzelgehöften und stattlichen Dörfern, den grünen Wiesen und Weiden, auf welchen zahlreiche Rinderheerden, der Bewohner Stolz und Reichtum, grasend ziehen, den wogenden Kornfeldern und herrlichen Buchenwäldern“, ist in einem 1911 veröffentlichten Jubelbericht eines anonymen Verfassers zu lesen. Und: „Trunkenen Blickes genießen wir die Schönheit der lieblichen Landschaft und freuen uns - Angeliter zu sein.“

Die Besucher vertrauten dem Fremdenbuch auf dem Scheersberg auch so manche Reimerei an, in der vor allem die herrliche Aussicht vom Bismarck-Turm besungen wird. Die Glücksburger Badezeitung gab im Sommer 1905 aus dem Besucherbuch einige Kostproben. Zum Beispiel diesen plattdeutschen Vers:

Op den Scheersberg is't doch schön,
Allerlei gift't dor to sehn:
In de Fern dat wide Meer,
Karken, Molen rund umher,
Un darmank de grönen Höller
Un de schönen Roggenfeiler
Un de Wischen, wo de Köh
Gaht int Gras bet an de Knee,
Aliens dar erfreut dat Oog:
Drüm de Scheersberg vivat hoch!

Verschiedene Texte hatten eine Besonderheit des Turms im Blick - die am ganzen Bauwerk verteilten Namensteine der Stifter. So notierte eine Flensburgerin zum Abschluss ihres Scheersberg-Besuches:

Der Bismarckturm ist herrlich schön,
Er hat uns sehr erfreut;

Doch sonderbar sind anzu-
sehn Die Namen all zer-
streut.

Darunter schrieb eine weitere Besucherin, ebenfalls aus Flensburg:

Der Zweck davon ist nicht recht klar;

Denn uns ist nicht bekannt.

Daß Deutschlands Einiger zu-
gleich

Auch Anschlagsäulen erfand.

Während ein anderer Gast diesem Vers ein „Bravo! Recht so!“ hinzusetzte,
meinte ein weiterer Gelegenheitspoet eher besänftigend:

Bekrittelt und genörgelt Wird

heutigentags so viel;

Denn allen recht zu machen,

Ist ein vergebliches Ziel.

Der Turm als Motiv

Der vor hundert Jahren eingeweihte Turm ist bis heute ein beliebtes Postkartenmotiv. Aber auch auf (Not-)Geldscheinen und Medaillen ist das Wahrzeichen der Landschaft Angeln zu finden. Generationen von Verlegern von Bildpostkarten haben das zu Ehren des „Eisernen Kanzlers“ auf dem Scheersberg errichtete Bauwerk zeichnen, fotografieren und kolorieren lassen, um die Darstellung auf eine Ansichtskarte zu bannen. In Angeln gibt es einige Sammler, die sich auf derartige Motive spezialisiert haben. Scheersberg-Karten füllen ganze Alben.

Schwieriger ist es da schon, ein Exemplar jener Medaille aufzutreiben, die zur Eröffnung des Bauwerkes am 5. Juni 1903 herausgegeben wurde und die auf der einen Seite das Bismarck-Antlitz und auf der anderen den Turm zeigt. „Eine solche Medaille ist eine echte Rarität“, kommentiert ein in Hürup lebender passionierter Sammler von Münzen und Medaillen, in dessen Kollektion dieses seltene und damit kostbare Stück allerdings noch fehlt.

In seiner 100-jährigen Geschichte waren dem Turm noch zwei weitere Medaillen gewidmet: Zum 75-jährigen Bestehen ließ die Raiffeisenbank Nordangeln in Stern p 1978 rund 200 Silbermedaillen und 2000 kupferpolierte Medaillen prägen. Auf der Vorderseite ist der Bismarck-Turm zu sehen, auf der Rückseite der Scheersberg samt Turm und Jugendhof. Auch diese Turm-Medaillen sind vergriffen ebenso wie die Angelter Taler von 1992, die von der damaligen Sparkasse Schleswig- Flensburg (heute Nord-Ostsee-Sparkasse) in Zusammenarbeit mit

dem Heimatverein der Landschaft Angeln herausgebracht wurden - mit dem Turm auf der einen und dem Wappen von Angeln auf der anderen Seite der Medaille. Als in der Zeit der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg auch Kommunen eigenes Notgeld drucken lassen durften, griff die Gemeinde Quern, auf deren Gebiet der Scheersberg liegt, bei der Gestaltung der farbenprächtigen Scheine mit Vorrang auf das Turmmotiv zurück. Auf der 50-Pfennig-Note zum Beispiel ragt die Spitze des von Bäumen eingerahmten Turms aus dem Bild heraus. Im Jahre 1923 gab der Landkreis Flensburg ebenfalls Inflationsgeldscheine mit einer Turm-Darstellung heraus. Wer einen solchen Schein besaß, war zwar vielfacher Milliardär. Doch viel konnte man mit dem 100-Milliarden-Schein nicht anfangen. Denn allein schon das Porto für einen Brief verschlang seinerzeit die gewaltige Summe von zehn Milliarden Mark.

Ein Haus für die Jugend

Im Jahre 1927 erhielt der Bismarck-Turm gewissermaßen „Gesellschaft“: In seiner unmittelbaren Nachbarschaft entstand ein stattliches Gebäude mit Turnhalle und Jugendherberge. Es wurde später nach dem langjährigen Landrat des Landkreises Flensburg, Anton Wallrath, „zu dauerndem, ehrenvollem Gedenken für treue, segensreiche Wirksamkeit“ benannt. So steht es auch heute noch im Eingangsbereich des Wallroth-Hauses geschrieben. Wallrath war von 1910 bis 1932 Verwaltungschef des Landkreises Flensburg und in dieser Funktion auch Initiator dieses Hauses für die Jugend der Region.

„Wie der wuchtige Bau im Verein mit dem Turm, der bisher etwas verlassen dastand, von guter Fernwirkung ist, so macht das Gebäude, das nördlich des Turmes mit der Front nach der von Groß-Quern und Nübelfeld führenden Straße liegt, in seiner massigen, geschlossenen Form mit ihrem ruhigen Umriss einen schönen Eindruck“, notierten die Flensburger Nachrichten am 17.12.1927.

Zu diesem Zeitpunkt war das jährliche Sport- und Spielfest des Landkreises auf dem Scheersberg bereits fast Tradition. Zum ersten Mal wurde es 1921 gefeiert. Dieses Jugendtreffen ist der Vorgänger des Scheersbergfestes.

Da lag es nahe, der Sportjugend auf dem Scheersberg eine Halle zu errichten. Wie die Quellen zu berichten wissen, war es der Leiter des Querner Turnvereins, Apotheker Harald Tiedje, der als Erster diese Idee geäußert hatte. Die Politik mit Landrat Wallroth an der Spitze griff sie auf und sorgte für die Finanzierung, an der sich neben dem Kreis auch das Reich und die Provinz beteiligten. Mit dem Bau wurden die Flensburger Architekten Hans M. Ehrhardt und Johannes B. Carstens beauftragt. Sie unterhielten am Holm ein gemeinsames Architektenbüro.

Wie der Bismarck-Turm wurde auch das Wallroth-Haus (erst) im Jahre 1992 unter

Denkmalschutz gestellt. Dabei handelt es sich um einen roten Backsteinbau mit Walmdach. Als bemerkenswert wird - wie es im Fachjargon heißt - die „loggiaartige Pfeilerhalle mit vier geschossübergreifenden Backsteinpfeilern und einer gemauerten Brüstung in den beiden seitlichen Feldern“ bezeichnet. Dahinter befinden sich die hohen Fenster des Hallenraumes und in der Mittelachse eine Inschrifttafel zu Ehren Anton Wallraths. Anfang der 1950er Jahre wurde das Dachgeschoss ausgebaut mit „unpassenden, breitlagernden Schleppgauben“, so die Denkmalschützer. Westlich vor dem stattlichen Gebäude befindet sich eine Freitreppe, die auf den tiefergelegenen Sportplatz führt. Das Wallroth-Haus ist im Besitz des Kreises Schleswig-Flensburg und wird von der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg genutzt.

Odyssee der Bismarck-Statue

Nicht leibhaftig, aber immerhin in Bronze gegossen hat der „Eiserne Kanzler“ einst für kurze Zeit den Scheersberg „erklommen“. Doch die Pläne von patriotischen Kreisen aus Nordangeln, die Statue neben dem 1903 errichteten Turm aufzustellen - und zwar mit Blick nach dem durch die Abstimmung 1920 für Deutschland verlorengegangenen Sonderburg -, scheiterten. Denn die Patrioten aus Angeln verloren schließlich das Tauziehen um das sieben Meter hohe Standbild, das ursprünglich Teil des 1901 fertiggestellten monumentalen Bismarck-Turms auf dem Knivsberg bei Apenrade war und nach einer mehrjährigen Odyssee seinen neuen und endgültigen Platz auf dem Aschberg in den Hüttener Bergen fand. Zur Vorgeschichte: Als sich nach dem Ersten Weltkrieg abzeichnete, dass es im deutsch-dänischen Grenzland zu einer Abstimmung und als Folge davon zu einer neuen Grenzziehung kommen würde, fürchteten deutsche Kreise um das Wohl des bronzenen Bismarcks auf dem Knivsberg. So wurde die Statue am 4. Juli 1919 abmontiert, mit zwei Bauernwagen zunächst nach Apenrade gebracht und dort kurz „zwischenengelagert“. Nächste Station war für längere Zeit die Viehmarkthalle in Rendsburg. Um die stattliche Figur mit der Eisenbahn in die Kanalstadt transportieren und in der Halle unterbringen zu können, musste allerdings vorher der Kopf abgetrennt werden. 1922 verfrachtete man den Bismarck nach Ascheffel in den Flüttener Bergen. Viele Menschen kamen in den folgenden Monaten in das Dorf, um dort in der Scheune des Bauern Peter Gosch die Statue zu bestaunen - gegen eine Gebühr von zwei Groschen. Nach vier Jahren ging Bismarck erneut auf Reisen: Er wurde in eine Landmaschinenhalle nach Kiel gebracht.

Der Scheersberg-Ausschuss wollte dieser aus seiner Sicht unwürdigen Irrfahrt Bismarcks ein Ende setzen und bot sich an, für eine Aufstellung der Statue in Nordangeln zu sorgen. Die Bismarck-Anhänger aus Angeln erhielten schließlich

unter Auflagen den Zuschlag, wie ein Schreiben des Verbandes der Vereine heimatreuer Nordschleswiger vom 8. Juni 1928 dokumentiert: „Die Betreuung der Statue übernimmt der Ausschuss von heute an unter der Bedingung, dass die Statue am Scheersberg verbleibt, bis sie wiederauf dem Knivsberg auf Verlangen der Knivsberggesellschaft ihren alten Platz einnehmen soll.“

Doch die Freude darüber, das Standbild zum Scheersberg geholt zu haben, währte nicht lange. Die zweiteilige Figur wurde zwar noch im Juni 1928 von Kiel nach Nordangeln geschafft und dort eingelagert - der Rumpf in einem Bretterverschlag hinter der Gastwirtschaft Thomsen auf dem Scheersberg und der Kopf unten im Dorf Quem -, doch im Flensburger Landratsamt überwogen Bedenken gegen die Aufstellung der Statue auf dem Kreisgrund neben dem Bismarck-Turm. Dazu heißt es in einem Protokoll: „Der Landrat war im ersten Augenblick schier sprachlos. Dann machte er seine Bedenken geltend. Das sei eine Sache von hochpolitischer Bedeutung, die nicht ohne weiteres von dort geregelt werden könne. Da müsse erst in Berlin verhandelt werden. Auch sei die künstlerische wie finanzielle Seite zu bedenken.“

In dieser Situation kam es dem Kreis sicherlich nicht ungelegen, dass sich ein juristischer Streit um den Bronze-Bismarck entzündete. Die Rendsburger Landsmannschaft der Nordschleswiger hatte sich gegen die Scheersberger Initiative gewandt und bekam in einem von dem Gericht vorgeschlagenen Vergleich den Bismarck zugesprochen.

Bis die Figur am 8. August 1930 wieder abgeholt und zum Aschberg zurückgebracht wurde, diente sie den Kindern und Jugendlichen als „Abenteuerspielplatz“. „Wir sind als Kinder in der hohlen Figur herumgeklettert“, erinnern sich der damalige Gastwirtssohn Otto Thomsen vom Scheersberg und Christel Pedersen aus Quern. Die Rendsburger hatten es eilig. Denn zum Aschbergfest 1930, spätestens am 1. Oktober 1930, sollte der Knivsberg-Bismarck, mit dem Blick nach Norden, auf dem Aschberg stehen. Nach über zehn langen Jahren fand damit die Odyssee des „Eiserner Kanzlers“ endlich ihr Ende. An eine Rückkehr der Statue an ihren ursprünglichen Platz als Teil des Bismarck-Turms auf dem Knivsberg ist jedenfalls seit 1945 nicht mehr zu denken: Nach der Befreiung Dänemarks von der deutschen Besatzung wurde der fünfundvierzig Meter hohe Turm als Symbol deutschen Herrschaftsanspruchs durch Angehörige der dänischen Widerstandsbewegung gesprengt.

Kulisse für NS-Aufmärsche

In der Nazi-Zeit bildete der Bismarck-Turm die von den neuen Herren gern genutzte Kulisse für Jungvolk-Aufmärsche, markige Reden, brennende Fackeln und

ähnliche demonstrative Gesten der Macht. Peter Brunkert, 1960 bis 1967 Gründungsleiter der Internationalen Bildungsstätte auf dem Scheersberg, skizziert in seiner zum 50. Scheersbergfest 1984 geschriebenen Textmontage mit der Bezeichnung „Stationen“ auch jene Jahre. In dieser Chronologie schildert er auch, wie 1936 auf dem Scheersberg der Geburtstag Adolf Hitlers zelebriert wurde: „Vor der Jugendherberge auf dem Scheersberg stehen sie in Reih und Glied angetreten: 200 Jungen und Mädchen aus den Dörfern um den Scheersberg, Landsknechtsttrommeln dröhnen dumpf, Fackeln brennen. Einer der großen Jungen tritt an die Hakenkreuzfahne, legt die Hand zum Schwur, spricht: Ich verspreche, in der Hitlerjugend allzeit meine Pflicht zu tun, in Liebe und Treue zum Führer und zu seiner Fahne. Die Jungen und Mädchen sprechen die Worte nach, laut hell und fest klingen sie hinunter nach Quern und Nübelfeld. Dann singen sie.“

Während einer Sonnenwendfeier wurde auf dem Scheersberg eine Adolf-Hitler-Eiche gepflanzt. Brunkert beschreibt auch diese Szene: „Väter, Mütter, Jungen und Mädchen - in braunen Uniformen ... Ein großer Holzstoß ist aufgerichtet. BDM-Mädchen in weißen Blusen und dunklen Röcken spielen auf der Blockflöte. Alle singen: Deutschland, heiliges Wort, du voll Unendlichkeit. - Das Feuer wird entzündet, die Flammen züngeln empor, wärmen, tun gut. Danach der große Spaß für die Jungen und Mädchen: Der Sprung durch das Feuer-immer wieder. Schön ist die Welt!“

Im Einvernehmen mit der NSDAP-Parteileitung verzichtete der Scheersbergausschuss von 1933 an auf die Ausrichtung des Nordmarkfestes, das seit 1921 alljährlich junge Menschen aus der gesamten Region zusammengeführt hatte. Erst zwei Jahre nach dem Kriege, also 1947, wurde die Tradition der Sport- und Spiel-feste auf dem Scheersberg neu belebt. Sie wird unter der Regie der Jugendhofs bis heute fortgeführt.

Wiedereröffnung 1963

Ein neuer Abschnitt der Turmgeschichte begann im Jahre 1963, als das inzwischen genau 60 Jahre alte Bauwerk nach einer baulichen Renovierung und inneren Umgestaltung wiedereröffnet wurde. Diese Arbeiten machten es erforderlich, das Gebäude für die Dauer von anderthalb Jahre für Besucher zu schließen. Der Turm wurde entrümpelt, nationale Grenzkampfillustrationen verschwanden. Manche Exponate wurden also entfernt, andere kamen hinzu. So war der Glücksburger Maler und Bildhauer Sieberg Amler von dem damaligen Landrat Gerd Lausen gebeten worden, ein Bronzerelief zu gestalten, in dessen Mittelpunkt das Bismarck-Zitat „Wir sind nicht auf der Erde, um glücklich zu sein und zu genießen, sondern um unsere Pflicht zu tun“ steht. Dieser Text war ihm vorgegeben worden,

weiß Amler noch heute zu berichten. Seine Frau habe immer noch die alte Rechnung verwahrt. Seinerzeit sei er für die bildhauerische Arbeit gelobt worden. Auch mit der Aussage des Textes hatten sich offenbar die meisten Festteilnehmer der Turm-Wiedereröffnung von 1963 identifizieren können, wie einem Zeitungsbericht zu entnehmen ist.

Studentischer Protest

Fünf Jahre später sollte gerade dieses in Bronze gegossene Bismarck-Wort - nicht der Turm als nationales Monument - zu einem Eklat führen, der weltweit publizistische Wellen schlug. Horst Röper, 1968 gerade frisch im Amt als Leiter des Jugendhofs und heute im Ruhestand, erinnert sich noch genau an den „Bildersturm“, ausgelöst von PH-Studenten aus Kiel und Flensburg, die in der Bildungsstätte auf dem Scheersberg an einem Seminar zum Thema „Demokratie und Autorität in der Schule“ teilnahmen. Einige der jungen Leute „kaperten“ die zentnerschwere Bronzetafel im ersten Obergeschoss des Turms und trugen sie ins Wallrothaus in die Mitte des Festsaales vor ihre Kommilitonen mit der Bemerkung: „Ein Scheißwort, das muss jetzt unser Thema sein.“ Röper heute: „Kaum im Dienst, war das für mich gleich eine ungewöhnlich schwierige Situation.“ Eigentlich - so Horst Röpers Erinnerung - wollten die Studenten die Bronzeplastik mit der von ihnen kritisierten Inschrift in der Ostsee versenken. Doch siegte das Diskussionsbedürfnis der angehenden Lehrer. Aus Kiel kamen hochrangige Beamte des Kulturministeriums angereist, um sich in die öffentliche Debatte einzuschalten. Es wurde ein ungewöhnlich großes Medieninteresse ausgelöst. Nicht nur die Zeitungen der Region berichteten darüber und ließen seitenweise Leserbriefe folgen, auch bundesweit fand die Aktion der Studenten Beachtung. Selbst das Ostberliner „Neue Deutschland“ und die New York Times widmeten sich - natürlich mit unterschiedlichen Sichtweisen - dem Thema.

Die Auseinandersetzung auf dem Scheersberg endete friedlich. Bei vielen Diskutanten und Beobachtern herrschte die Meinung vor, zum allgemeinen Konsens müssten dem Bismarck-Zitat nur zwei Worte hinzugefügt werden: „Wir sind nicht *nur* auf dieser Welt, um glücklich zu sein und zu genießen, sondern *auch* um unsere Schuldigkeit zu tun.“ Die Studenten entschieden sich schließlich mehrheitlich: Die Bronzetafel muss wieder an ihren alten Platz zurück.

Entpolitisierung des Turms

Inzwischen haben die Kunst und Brautleute den Bismarck-Turm - einst nationales Symbol, heute Wahrzeichen der Landschaft und touristischer Anziehungspunkt-

friedlich erobert. Seit 1995 wird er alljährlich in den Sommermonaten in eine Galerie verwandelt. In der erfolgreichen Serie „Kunst im Turm“ wird regionalen Künstlern eine Plattform geboten, ihre Arbeiten einem breiteren Publikum zu präsentieren. Wo früher Schlachtenansichten oder Kriegerporträts hingen, locken dann Ölbilder, Aquarelle und Holzschnitte interessierte Besucher.

Zur Entpolitisierung dieses Bismarck-Denkmal tragen neuerdings auch jene Brautpaare bei, die sich in dem historischen Gebäude das Ja-Wort geben. Dieser Service des Standesamtes der Amtsverwaltung Steinbergkirche hatte im Mai 2003 Premiere, gerade als das bürgernahe Festprogramm zur 100-Jahr-Feier rund um den Turm seinen Anfang nahm.

Quellen- und Literaturhinweise (Auswahl):

- Protokollbuch des Turmausschusses, Scheersberg
- Sammlung Eckhard Szidat, Scheersberg
- Sammlung Otto Thomsen, Scheersberg
- Kirchspielsarchiv Quern/Neukirchen
- Archiv der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg
- Archiv des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages, Flensburg
- Untere Denkmalschutzbehörde beim Kreis Schleswig-Flensburg

- Festschrift zur Feier der Grundsteinlegung des Bismarckturms, Scheersberg 1900
- Max Ehrhardt-Apolda: Bismarck im Denkmal des In- und Auslandes, Eisenach/Leipzig 1903
- Der Bismarckturm auf dem Scheersberg, in: Illustrierter Kreis-Kalender für den Landkreis Flensburg, Flensburg 1906
- Wolfgang Börsen: Der Scheersberg in der Vergangenheit und Gegenwart, Quem 1966
- Die Chronik der Kirchspiele Quem und Neukirchen, Schleswig 1981
- Wolfgang Stribrny: Achtzig Jahre Bismarckturm auf dem Scheersberg, Flensburg 1983
- Peter Brunkert: Stationen - Eine Szenenmontage zum 50. Scheersbergfest 1984, in: Horst Röper (Hrsg.): 50 Jahre Scheersbergfest, Quem 1984
- Johannes Mau: Die Irrfahrt der Bismarck-Statue, in: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln, Husum 1988
- Hans Petersen: Die Odyssee der Bismarckstatue auf dem Aschberg, in: Jahrbuch der Heimatgemeinschaft Eckernförde, Eckernförde 1988
- Eckhardt Opitz: Die Bismarcks in Friedrichsruh, Hamburg 1990
- Dirk Reinartz/Christian Graf von Krockow: Bismarck - Vom Verrat der Denkmäler, Göt-

tingen 1991

- Sekretariat für kulturelle Zusammenarbeit nichttheatertragender Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Deutsche Nationaldenkmale 1790-1990, Bielefeld 1993
- Klaus Thiessen: Angeln mit seinem Scheersberg, Schaalby 1994
- Bernd Eichmann: Denkmale deutscher Vergangenheit, Bad Honnef 1994
- Jürgen Ostwald (Hrsg.): Der Knivsberg, Heide 1994.
- Berthold Hamer: Topographie der Landschaft Angeln, Husum 1994/95
- Günter Kloss/Sieglinde Seele: Bismarck-Türme und Bismarck-Säulen, Petersberg 1997
- Eiko Wenzel: Spuren der Hannoverschen Schule in Flensburg - der Architekt Alexander Wilhelm Prale, in: Stefan Amt (Hrsg.): Festschrift für Günther Kokkelink, Hannover 1998
- Kai Krauskopf: Bismarckdenkmäler - Ein bizarrer Aufbruch in die Moderne, Hamburg 2002
- Ulrich Schlie: Die Nation erinnert sich - Die Denkmäler der Deutschen, München 2002

Im Internet: www.bismarcktuerme.de

Skandinavien und das europäische Binnenmeer

Dänemarks, Finnlands und Schwedens Politik zur Erweiterung der EU im Ostseeraum seit 1989

von *ULRIKE DECKER*

Am 1. Mai 2004 wird die Europäische Union von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten erweitert werden. Durch den Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens und Polens wird die Ostsee zu einem Binnenmeer der EU. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung im westlichen Ostseeraum und damit im schleswischen Grenzland bleiben kann. Zu den wichtigsten Akteuren im Ostseeraum gehören die drei nordischen Staaten, die man unmittelbar südlich der deutsch-dänischen Grenze häufig als Einheit wahrnimmt. Doch verfolgen Dänemark, Finnland und Schweden in Bezug auf die EU-Erweiterung im Ostseeraum gemeinsame Interessen oder kennzeichnen eher Gegensätze das Bild? Dieser Frage ist Ulrike Decker, wissenschaftliche Assistentin am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, nachgegangen. Die gebürtige Kielerin, die in Bonn, Växjö und Kiel Geschichte, Nordistik und öffentliches Recht studierte, promoviert über die Europapolitik der nordischen Staaten seit 1989.

Die Redaktion

1. Einleitung

In weniger als einem dreiviertel Jahr, zum 1. Mai 2004, wird die Europäische Union die Anzahl ihrer Mitglieder von 15 auf 25 erhöhen. Durch die Mitgliedschaft Polens, Litauens, Lettlands und Estlands wird die Ostsee zu einem Binnenmeer der EU werden. Damit erfüllt sich unter anderem ein herausragendes außenpolitisches Ziel auf der Agenda Dänemarks, Finnlands und Schwedens, die oft als Anwälte vor allem für die EU-Mitgliedschaft ihrer baltischen Nachbarn bezeichnet wurden. Dementsprechend werden sich die Regierungen in Kopenhagen, Stockholm und Helsinki zufrieden zeigen. Auch wird man gerne erwähnen, dass die Erweiterung nicht zuletzt ein Erfolg gemeinsamer nordischer Politik ist. Dabei war nicht immer klar, dass alle Kandidaten, abgesehen von Bulgarien und Rumänien, gleichzeitig beitreten würden. So konnte Estland schon ab März 1998 in Verhandlungen eintreten, während Lettland und Litauen noch knapp zwei Jahre warten mussten.

In der Rückschau wird schon heute deutlich, dass die „Anwälte aus dem Norden“

in ihrem Engagement nicht immer einen Gleichschritt gewahrt haben und dass es auch unterschiedliche Prioritäten gab. Wie konnte es dazu kommen? Dieser Artikel schildert in zwei Abschnitten, wie Schweden, Finnland und Dänemark ihre Beziehungen zu Estland, Litauen und Lettland im Prozess der Annäherung derselben an die EU zwischen 1989/90-1995 und 1995-1997 gestaltet haben, und zeigt Gründe für die jeweilige Politik auf. In einem abschließenden Kapitel sollen Perspektiven für den Ostseeraum als EU-Region nach Mai 2004 diskutiert werden.

2. Die nordischen Staaten und ihre baltischen Nachbarn 1989/90-1995

Das dänische Engagement für die baltischen Volksbewegungen In der EG kam die Situation in den drei baltischen Staaten, die seit 1940/44 Sowjetrepubliken waren, nach langem Zögern erst im Januar 1991 wieder auf die Tagesordnung. Wenige Tage vor der Erstürmung des Fernsehturmes in Vilnius und des Innenministeriums in Riga durch sowjetische Einheiten kamen die EG-Außenminister zu einer außerordentlichen Sitzung in Luxemburg zusammen, um die Situation im Baltikum und in der UdSSR zu behandeln. Die Lage war äußerst gespannt: Litauen, Estland und Lettland hatten bereits im März und Mai 1990 ihre Unabhängigkeit erklärt, und Moskau versuchte, die drei Länder durch wirtschaftlichen und militärischen Druck zu Verhandlungen zu bewegen. Auf die Luxemburger Tagesordnung gelangte die *causa baltica* vor allem durch dänische Initiative. So erreichte der dänische Außenminister, Uffe Ellemann-Jensen, dass die sowjetischen Repressalien gegenüber den baltischen Staaten scharf verurteilt wurden und dass EG-Kommissionspräsident Delors dem sowjetischen Botschafter in Brüssel das Ende der Kooperation seitens der EG mit der UdSSR androhte, falls der Einsatz von Gewalt nicht aufhörte. Als am 20. Januar 1991 bei einer sowjetischen Militäraktion gegen das lettische Innenministerium fünf Menschen getötet und 11 verletzt wurden, erklärte die EG schließlich, wiederum nach durchdringenden dänischen und auch schwedischen Protesten, dass sie die Bewilligung finanzieller Hilfen für Moskau stark verlangsamen werde. Mit diesen Schritten brach die EG mit ihrer Zurückhaltung und begann, für die baltischen Staaten gegen Moskau Stellung zu beziehen.

Dass dieser Kurswechsel auf dänischem Engagement fußte, kam nicht von ungefähr. Seit dem Frühjahr 1990 verfolgte die dänische Regierung entschieden die Linie, die estnischen, lettischen und litauischen Selbständigkeitsbestrebungen offen und direkt zu unterstützen. Damit verschärfte sie ihre seit 1989 verfolgte Politik, die zunächst vor allem auf Kontakte zwischen Dänen und Balten gesetzt und Bürgerinitiativen gefördert hatte. Der Grund für diese Zurückhaltung seitens der

hohen Politik lag darin, dass Dänemark die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion nie anerkannt hatte. Verständlicherweise wollte die dänische Regierung ob der unvorhersehbaren Situation in Moskau nicht den Eindruck erwecken, diese Annexion doch noch gutzuheißen. Aktiv zeigte sich die dänische Regierung zu jener Zeit jedoch insoweit, als dass sie für die baldige Aufnahme der baltischen Staaten in internationale Organisationen warb und im Zusammenhang mit OSZE-Treffen Pressekonferenzen für die baltischen Außenminister organisierte.

Kernpunkte der neuen dänischen Aktivität ab dem Frühjahr 1990 waren die Errichtung eines dänischen Kulturinstituts in Riga im August und eines baltischen Informationsbüros in Kopenhagen im Dezember des Jahres. Damit gelang es Dänemark auch, die dänische Linie im Nordischen Rat zu verankern und die übrigen nordischen Staaten von einem gemeinsamen baltischen Arbeitsprogramm zu überzeugen - wie noch zu zeigen sein wird, ein nicht ganz leichtes Unterfangen, da vor allem die finnische Regierung die politische Lage zu jener Zeit noch deutlich anders beurteilte. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 26. August 1991 zwischen Kopenhagen einerseits und Riga, Tallinn und Vilnius andererseits. Damit war die dänische Regierung ihren schwedischen und finnischen Nachbarn zwar einen bzw. drei Tage voraus - als erster nordischer Staat hatte jedoch Island bereits am 11. Februar diplomatische Beziehungen mit Litauen aufgenommen.

Wie kam es zu dieser aktiven dänischen Politik, obwohl die dänischen Regierungen während des Kalten Kriegs keine Kontakte ins Baltikum hatten? Abgesehen davon, dass Dänemark wie alle anderen ein Interesse daran hatte, dass sich der Ostseeraum friedlich und stabil entwickeln würde, lassen sich zwei Hauptgründe anführen. Obgleich die Kooperationsprojekte nach 1989 eben nicht auf traditionellen Strukturen aufgebaut werden konnten, herrschte die Auffassung einer natürlichen Nähe zwischen Dänemark und den baltischen Staaten vor. Durch diese Art von Identitätspolitik, die von Anfang an einen großen Rückhalt in der Bevölkerung hatte, erschien die dänisch-baltische Kooperation wie die Fortsetzung eines durch die Sowjetzeit künstlich unterbrochenen engen Verhältnisses. Ein zweiter Grund war die Veränderung der globalen Situation und die damit einhergehende Notwendigkeit für Dänemark, sein außenpolitisches Profil neu zu definieren. Mit dem Ende des Kalten Kriegs entstand im Ostseeraum ein Machtvakuum. Die traditionelle dänische Maxime, dass ein kleiner Staat am besten fährt, wenn er eine zurückhaltende Politik verfolgt, verlor ihre Begründung. Die Baltikumspolitik wuchs aus der Notwendigkeit und der Chance heraus, die geographische Nachbarschaft als außenpolitisches Handlungsfeld zu nutzen. Dabei half die internationale Eingebundenheit Dänemarks. Die Mitgliedschaft in der EU und vor allem in

der NATO ermöglichte es Dänemark, politische Schritte zu unternehmen, die der Entwicklung in der UdSSR z.T. voraus waren. Dafür erntete man nicht zuletzt Lob aus Washington.

Ein wichtiger Aspekt, sowohl Motor als auch Resultat der dänischen Baltikumpolitik, war die enge Zusammenarbeit mit Deutschland, vor allem zwischen den Außenministern Uffe Ellemann-Jensen und Hans Dietrich Genscher. Beide Länder galten als Schwungräder der wachsenden Kooperationen im Ostseeraum, was sich in der Gründung des Ostseerates 1992 durch dänisch-deutsche Initiative eindrucksvoll manifestierte. In der engen Zusammenarbeit mit seinem Nachbarn konnte Dänemark nicht nur seine Randlage im Ostseeraum überbrücken, sondern auch als Impulsgeber für die Annäherung der baltischen Staaten an die EG / EU fungieren, was nicht zuletzt für die Grenzregion Synergieeffekte bedeutete.

Der Wandel in der schwedischen Baltikumpolitik

Auch in der schwedischen Politik der Jahre 1989-1991 lässt sich eine Veränderung hin zu einer klaren und aktiven Unterstützung des baltischen Unabhängigkeitskurses feststellen, allerdings erst ab Herbst 1990 und somit ein halbes Jahr später als in Dänemark, und mit einer ganz anderen Vorgeschichte.

Im Gegensatz zu den meisten westlichen Ländern hatte Schweden die Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion 1940/44 offiziell anerkannt. Dies belastete zwar das Verhältnis der schwedischen Regierung zu den baltischen Freiheitsbewegungen, gab ihr jedoch den Spielraum, um im Winter 1989/90 konsularische Abteilungen in Tallinn und Riga zu errichten und Regierungsvertreter in die Region zu senden. Im November 1989 besuchte Außenminister Sten Andersson die baltischen Länder -eine folgenschwere Unternehmung. In Tallinn antwortete der Minister auf die Frage eines Journalisten, ob Estland ein besetztes Land sei, mit „Nein“, und behauptete in Vilnius, dass diejenigen, die sich in Lettland, Litauen und Estland für die Unabhängigkeit von der Sowjetunion einsetzten, in der Minderheit seien. Erst auf massiven Druck der Oppositionsparteien und nach einer großen Demonstration von Exilbalten in Stockholm erklärte Andersson, die Annexion der baltischen Staaten sei „unter zwangsmäßigen“ Formen geschehen. Die Reise Anderssons zeigte damit deutlich, dass die schwedisch-baltischen Beziehungen einer grundsätzlichen Klärung bedurften. Wie schwer diese Klärung war und dass Schweden sich noch ziemlich einer Vermittlerrolle gegenüber Moskau verhaftet sah, zeigte sich im Frühjahr 1990 nach der litauischen Unabhängigkeitserklärung am 11. März. Die Parteien im Reichstag unter Ausnahme der Grünen lehnten die Anerkennung Litauens ab, da eine Staatsgewalt nicht gegeben sei. Auch nachdem die Sowjetunion Litauen im April mit einem Wirtschaftsembargo unter Druck zu setzen versuchte, blieb Andersson bei seiner

zurückhaltenden Linie gegenüber Moskau. Mehr noch, der litauischen Regierung wurde mangelnde Verhandlungsbereitschaft und politische Erfahrung vorgeworfen, während Estland und Lettland für ihren pragmatischen Kurs gelobt wurden. Die Hinwendung der schwedischen Politik zu einer Politik der aktiveren Unterstützung nach dänischem Vorbild hatte drei Hauptgründe. Erstens setzte sich in Stockholm die Erkenntnis durch, dass die Supermacht Sowjetunion zunehmend schwächer wurde und kaum reformierbar war. Zweitens ließ das entschiedene Eintreten Norwegens, Island und Dänemarks für die baltischen Freiheitsbewegungen in Schweden womöglich den Eindruck entstehen, dass man den Einfluss auf eine für die Zukunft Nordeuropas wichtige Entwicklung verlieren würde. Drittens wurden die Sympathien für die Balten in der schwedischen Bevölkerung immer stärker, da ihre Anliegen u.a. durch Montagsdemonstrationen und die Aktivitäten der exilbaltischen Organisationen immer mehr ins öffentliche Bewusstsein gelangten. Außerdem konnte die schwedische Regierung mit Blick auf die Reichstagswahlen 1991 die probaltische Stimmung in der Bevölkerung nicht außer Acht lassen.

Für ihre beharrliche, den übrigen europäischen Staaten teilweise voranschreitende Politik hatte die dänische Regierung damit ab Herbst 1990 einen engagierten Partner gefunden, der die baltische Frage vor allem in internationalen Gremien wie der UNO zur Sprache brachte. Nachdem die schwedische Regierung am 27. August 1991 ihren Beschluss von 1940 revidiert und die Existenz der baltischen Staaten anerkannt hatten, konnten einen Tag später diplomatische Beziehungen aufgenommen werden.

Die vorsichtige Politik der finnischen Regierung

Im Vergleich zu den schwedischen und dänischen Reaktionen auf die Vorkommnisse im Baltikum erschien die Haltung der finnischen Politik distanziert, wenn nicht gar abweisend. So behielt die finnische Regierung bis zum August 1991 eine eher skeptische Haltung gegenüber den baltischen Volksbewegungen. Diese Skepsis war nicht nur wie in Schweden gegen den baltischen Wunsch nach Unabhängigkeit gerichtet. Nach der litauischen Krise im März 1990 rief der finnische Außenminister Pertti Paasio, ähnlich seinem schwedischen Kollegen Andersson, die Litauer zu Mäßigung und Geduld auf und lehnte jedwede finnische Intervention ab. Noch deutlicher wurde der Unterschied zur dänischen und schwedischen Position im Zuge der Januar-Blutbäder von Vilnius und Riga. Die finnische Regierung äußerte zwar Betroffenheit, machte die sowjetische Seite jedoch nicht verantwortlich. Entsprechend vorsichtige Töne waren im Zuge des Putsches in Moskau im August 1991 aus Helsinki zu hören. Außenminister Paavo Väyrynen versicherte, auch in Zukunft nach guten Beziehungen zur Sowjetunion

streben zu wollen, und setzte gegen den Willen seiner skandinavischen Kollegen durch, dass in einer gemeinsamen Erklärung der Begriff Putsch nicht verwendet wurde. Finnland erkannte am 29. August als letzter nordischer Staat die wiedergewonnene Unabhängigkeit seiner Nachbarn an.

Die Gründe für die finnische Haltung liegen auf der Hand. Erstens musste die finnische Regierung aus wirtschaftlichen Gründen an einer stabilen Beziehung zur Sowjetunion gelegen sein, da diese gut 20 Prozent Anteil am finnischen Außenhandel hatte, im Vergleich zu 1 - 2 Prozent bei den anderen nordischen Ländern. Zweitens - und dieser Grund wog ungleich schwerer - war Finnland seinerseits durch den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand von 1948 an die Sowjetunion gebunden. Der Vertrag sah u.a. vor, dass sich Finnland außenpolitisch neutral zu verhalten habe, im Krisen- und Kriegsfall jedoch unter bestimmten Voraussetzungen zu militärischer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion verpflichtet war. Die Tatsache, dass Finnland die Annexion der baltischen Staaten nie anerkannt hatte, vergrößerte den politischen Spielraum des Landes keineswegs. Dafür war es viel zu sehr - unfreiwillig - an den großen Nachbarn gebunden. Vor diesem Hintergrund erscheint es verständlich, dass die finnische Regierung sich anfangs gegen allzu viele gesamt-nordische Aktivitäten, wie z.B. im Nordischen Rat, wehrte.

Von der Anerkennung der Unabhängigkeit bis zur Bewerbung um EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten waren die nordischen Beziehungen zu Estland, Lettland und Litauen deutlich weniger dramatisch und spektakulär. Die drei nordischen Länder konnten sich nun in einer normalen politischen Atmosphäre für die Integration der drei Länder in westliche Kooperationsysteme einsetzen und sie finanziell und materiell unterstützen. Wichtige Themen im politischen Dialog waren die Frage der Minderheiten und der Abzug der sowjetischen Truppen. Dänemark preschte wiederum vor, indem es forderte, dass die baltischen Staaten möglichst schnell in die EU und die NATO aufgenommen werden sollten. Begünstigt wurde die politische Linie der nordischen Staaten dadurch, dass sich die EU verstärkt bemühte, ihre Beziehungen zu den baltischen Staaten zu intensivieren. Außerdem hatten Finnland und Schweden selbst einen wichtigen Schritt in Richtung auf ihre Integration vollzogen, indem sie seit dem 1. Februar 1993 über ihren Beitritt in die EU verhandelten.

3. Die nordischen Staaten und ihre baltischen Nachbarn 1995-1999

Differenzen über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ab 1995

Die zweite Phase in der Anwaltsrolle der drei nordischen Staaten für ihre baltischen Nachbarn war durch folgenreiche Veränderungen gekennzeichnet. Zum einen waren Schweden und Finnland am 1. Januar 1995 selbst Mitglieder der EU

geworden, und zum anderen schloss die EU am 12. Juni Europa-Abkommen mit Estland, Lettland und Litauen ab. Damit galten die drei Republiken als echte Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft und wurden anderen Bewerbern aus Ost- und Mitteleuropa gleichgestellt. Mit den Beitrittsgesuchen, die sie im Herbst 1995 in Brüssel einreichten, unterstrichen sie ihren neuen Status. Dänemark, Finnland und Schweden hatten somit fortan gemeinsam unter dem Dach der EU Gelegenheit, sich für die baltischen Staaten einzusetzen. Da deren Kandidatenstatus besiegelt war, ging es nun um die Frage, zu welchem Zeitpunkt Beitrittsverhandlungen aufgenommen würden. Eine weitere Frage war, ob die gleichberechtigte Behandlung aller Kandidaten auch eine zeitgleiche Aufnahme der Beitrittsverhandlungen bedeuten würde? An dieser Kardinalfrage im Beitrittsprozess 1995-1997 gingen die drei nordischen Akteure verschiedene Wege. Noch im Dezember 1995 kam der Europäische Rat von Madrid überein, die Beitrittsfähigkeit eines jeden Bewerbers einzeln zu beurteilen und die Verhandlungen dann auch individuell aufzunehmen. Ein konkreter Zeitpunkt wurde nicht genannt, jedoch zeigte sich der Rat „bestrebt zu erreichen, dass die Anfangsphase der Verhandlungen mit dem Beginn der Verhandlungen mit Zypern und Malta zusammenfällt“. Diese Formulierung besagte konkret, dass ins Auge gefasst wurde, Anfang 1998 Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. In ihrer Gesamtheit bewahrten die Beschlüsse die Offenheit und Prozesshaftigkeit der Erweiterung und ließen damit den EU-Mitgliedern, so auch Schweden, Finnland und Dänemark, die Möglichkeit, sich für „ihre“ Kandidaten einzusetzen. Eine strukturelle Entwicklung begünstigte diese Perspektive, da die Führungsrolle in Bezug auf die Vorbereitung der Beitritte von der Kommission auf die Regierungen der Mitgliedstaaten überging. Diese Handlungsherausforderung verstärkte sich dadurch, dass sich der Europäische Rat weder für das Startlinien- noch für das Gruppenmodell entschieden hatte. Das Startlinienmodell sah die Aufnahme von Verhandlungen für alle Kandidaten zur gleichen Zeit vor, wohingegen im Gruppenmodell Kandidaten in verschiedenen Gruppen nacheinander mit Verhandlungen beginnen sollten. Für beide Modelle galt, dass der Bewerberstaat nach seinen individuellen Fortschritten beurteilt werden sollte. Für die Delegationen der finnischen, schwedischen und dänischen Regierungen waren die Beschlüsse von Madrid ein Erfolg, hatten sie sich doch in einer seltenen Koalition zusammen mit Frankreich und Spanien für eine Gleichbehandlung der Kandidaten eingesetzt. Durch ihr gemeinsames Vorgehen setzten sie ihre ähnlichen Bewertungen der Europa-Abkommen und ihre gemeinsamen Gründe, die Erweiterung zu befürworten, in eine aktive Politik um und konnten die Beschlüsse des Gipfels sogar gegen eine völlig entgegengesetzte Zielsetzung seitens der Benelux-Staaten und Deutschlands beeinflussen. Doch über diesen diplomatischen Erfolg darf nicht vergessen werden, dass vor allem

Dänemark und Schweden es gerne gesehen hätten, wenn sich der Europäische Rat den gemeinsamen Verhandlungsstart für alle Kandidaten festgeschrieben hätte, statt lediglich zu formulieren, dass man bestrebt war, dies zu erreichen.

Zwei Jahre später schließlich, in den Wochen vor dem Luxemburger Gipfel im Dezember 1997, der eine Entscheidung in der Sache hervorbringen musste, versuchten Dänemark und Schweden all ihre politische Initiativkraft gegen die große Mehrheit der EU-Kollegen aufzubieten, um den gemeinsamen Verhandlungsbeginn aller Kandidaten zu erreichen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Frage noch an Brisanz gewonnen und kaum Aussicht, in dänisch-schwedischem Interesse entschieden zu werden. Die Kommission hatte in ihrer Agenda 2000 vom Juli 1997 vorgeschlagen, mit Estland, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien sowie Zypern - der sogenannten „5+1“-Gruppe - im Frühjahr des Folgejahres Verhandlungen aufzunehmen. Hingegen wurden Lettland und Litauen durch eine erweiterte Heranführungsstrategie, die ihre Beitrittsfähigkeit verbessern sollte, in die Warteschleife geschickt. Gegen diese Aufteilung der baltischen und auch der übrigen Kandidaten in zwei Gruppen liefen Kopenhagen und Stockholm Sturm. In mehreren Tagungen zwischen Mitte September 1997 und Ende Oktober 1997 forderten Außenminister Niels Helveg Petersen und seine schwedische Kollegin Lena Hjelm-Wallen immer wieder, dass Verhandlungen mit allen Kandidaten zugleich aufgenommen werden müssten.

Unterstützung von ihrer finnischen Amtskollegin Tarja Halonen erhielten sie dabei nicht. Während Regierungschef Paavo Lipponen bei einem Besuch in Litauen Anfang August 1997 noch - wenn auch verhalten - die Hoffnung äußerte, dass mehr als nur eine baltische Republik Verhandlungen aufnehmen könnte, verfestigte sich parallel zu den Ratstagungen der Außenminister offensichtlich die finnische Unterstützung für die Vorschläge aus der Agenda 2000. Beispielsweise sagte der finnische Regierungschef dem EU-Kommissar für Außenbeziehungen Hans van den Broek auf einem Europaseminar in Helsinki Anfang Oktober 1997 zu, die Vorschläge der Kommission zu unterstützen. Weder ein gemeinsames Kommuniqué der nordischen und baltischen Außenminister für das Startlinienmodell Anfang September 1997 noch der Besuch des litauischen Außenministers Saudargas bei Lipponen am 20. Oktober 1997 noch die Zusammenkunft zwischen dem lettischen Präsidenten Guntis Ulmanis mit seinem finnischen Kollegen Martti Ahtisaari Anfang November 1997 konnten etwas an der finnischen Haltung ändern. Vor diesem Hintergrund war es keine Überraschung, dass Finnland auch auf einer Sitzung des Nordischen Rates wenige Tage später seine volle Unterstützung für die Empfehlung der Kommission erklärte.

Begründet wurde diese strikte finnische Haltung offiziell damit, dass die Stellungnahmen der Kommission auf der Grundlage objektiver Kriterien erarbeitet worden

und deshalb nicht anzuzweifeln seien. Diese Sichtweise wurde nicht nur gegenüber Litauen und Lettland mit Nachdruck vertreten. Auch die schwedische Regierung wurde kritisiert, als Regierungschef Lipponen warnte, dass die Forderung nach Gleichbehandlung aller drei Staaten dazu führen könnte, dass auch mit Estland keine Verhandlungen aufgenommen werden würden.

Dänische und schwedische Initiativen zum Startlinienmodell

Vor diesem Hintergrund war es kaum verwunderlich, dass Schweden und Dänemark ihre letzte diplomatische Großoffensive vor dem Gipfeltreffen ohne Finnland starteten. Als der luxemburgische Außenminister Jacques Poos seine vierzehn Amtskollegen am 24. November zu einer weiteren Sitzung begrüßte, auf der ein erster Entwurf eines Berichts zur Agenda 2000 diskutiert werden sollte, hätte er eigentlich erleichtert sein können. Schließlich hatte kurz zuvor Dänemarks Außenminister Helveg Petersen gegenüber Journalisten einen Vorschlag ins Spiel gebracht, wie der Europäische Rat in seiner Abschlusserklärung auf dem anstehenden Gipfel die Trennlinien des Kommissionsvorschlags vermeiden könnte.

In den Augen Helveg Petersens sollte die Kommission beginnen, bei allen ost- und mitteleuropäischen Kandidaten zu überprüfen, inwieweit sie das Vertragswerk der EU, den sogenannten *acquis communautaire*, in ihre Rechtsordnung übernehmen konnten. Nach diesem Verfahren, das als Screening bezeichnet wird, sollte dann gegen Ende des Jahres 1998 in einem zweiten Schritt entschieden werden, mit welchem Bewerber spätestens zum 1. Januar 1999 tatsächlich Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Für die „5+1“-Gruppe sollte, wie von der Kommission empfohlen, dies auf jeden Fall gelten. Den übrigen Kandidaten wurde die Möglichkeit eingeräumt, sich doch als reif für die erste Gruppe zu erweisen. Dieser Vorschlag zeigte deutliche Unterschiede zu den Vorstellungen der Kommission. Er sah nicht nur ein gemeinsames Verfahren für alle Kandidaten vor, sondern auch eine neuerliche Entscheidung darüber, welches Land denn nun tatsächlich über den Beitritt verhandeln dürfte. Mit einem solchen Entschluss hätte der Europäische Rat die Gruppeneinteilung der Kommission und damit auch die ihr zugrundeliegenden Analysen stark in Frage gestellt und die unbequeme Entscheidung aufgeschoben.

Aller Kritik seitens der übrigen EU-Mitglieder zum Trotz hatte Außenminister Jacques Poos den Vorschlag seines dänischen Kollegen am 27. November schriftlich vorliegen, nun offiziell als dänisch-schwedische Initiative. Bereits im Oktober hatte es Konsultationen zwischen den Regierungschefs Poul Nyrup Rasmussen und Göran Persson gegeben, um Möglichkeiten für ein Kompromissmodell auszuloten. Doch während der Däne einen eigenständigen Vorschlag vorantreiben wollte, vertrat der Schwede die Meinung, es stünden in Wahrheit doch alle

Regierungschefs der EU hinter der Forderung nach einem Startlinienmodell. Ein Kompromissvorschlag sei daher nicht notwendig. Unmittelbar nachdem Außenminister Helveg Petersen die Presse über seine Idee informiert hatte, reiste er nach Stockholm, wo man das dänische Verhalten als Vorpreschen empfand. Nach einem Gespräch zwischen der schwedischen Außenministerin Hjelm-Wallen und Petersen konnte die Initiative gemeinschaftlich der luxemburgischen Ratspräsidentschaft vorgelegt werden.

Was mag Außenminister Petersen bewogen haben, seine Idee zuerst in einem Alleingang über die Presse bekannt zu machen? Ein Zufall wird dies kaum gewesen sein. Indem er sie direkt vor dem Treffen der Außenminister publik machen ließ, nutzte er den Zeit- und auch den Entscheidungsdruck, der über der Ratstagung lastete. Außerdem trat er einem immer stärkeren Zweifel in den Hauptstädten der anderen Mitgliedstaaten entgegen. Denn dort wuchs die Befürchtung, dass eine Entscheidung im Sinne der Agenda 2000 Trennlinien zwischen den Kandidaten produzieren würde, welche die für die Erweiterung nötigen Reformen in den Ländern erschweren könnten. Die Lösung gewissermaßen en passant und in letzter Minute zu präsentieren konnte die Aufmerksamkeit für sie nur steigern. Außerdem übte Petersen einigen Druck auf Schweden aus. Nach seinem Vorpreschen hatte die schwedische Regierung kaum eine andere Wahl, als sich auf die Seite der Nachbarn zu schlagen, wenn sie ihren Ruf als kompromissloser Anwalt der baltischen Staaten nicht verlieren wollte. Nicht nur im Kreis der EU-Kollegen, auch vor der eigenen Partei wäre die sozialdemokratische schwedische Regierung unglaublich erschienen, hätte sie ihre Unterstützung versagt. Diese Zustimmung Schwedens wiederum konnte für die dänische Regierung nur eine Bestätigung bedeuten.

Insgesamt setzte das dänische Manöver der Unsicherheit unter den EU-Staaten Fakten entgegen und wahrte eigene Interessen. Zudem zog die dänische Regierung Schweden zum richtigen Zeitpunkt auf ihre Seite, blieb aber in einer „Macherrolle“. Dies wiederum hatte weniger Bedeutung für das dänische Ansehen in der EU. Dort sah man die Initiative als aus beiden Ländern stammend an und musste sich ja in erster Linie mit ihrem Inhalt auseinander setzen. Wichtiger hingegen war das dänische Engagement für die Vermittlung dänischer EU-Politik im Inland. So konnte die Initiative nicht nur zeigen, dass im Entscheidungsprozess der EU Platz für dänische Interessen war. Die dänische Regierung bewies damit auch, dass sie aus eigener Kraft dazu in der Lage war, diese Interessen zu artikulieren.

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats im Hinblick auf den Erweiterungsprozess zeigten, dass die dänisch-schwedischen Vorschläge trotz ihrer Minderheitenposition Durchsetzungskraft besaßen. So wurde gerade deren

extremstes Element übernommen, indem die EU am 30. März 1998 einen gemeinsamen Beitrittsprozess für alle mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten einleiten sollte. Die Ausgestaltung des einheitlichen Rahmens jenseits der Startlinie zeigte jedoch eine deutliche Abweichung von den dänischen und schwedischen Vorschlägen. So schlossen sich die Staats- und Regierungschefs der Meinung der Kommission und des luxemburgischen Ratsvorsitzes an, die Verhandlungen am 30. März 1998 nur mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien, Estland und Zypern aufzunehmen. Zu diesem Zweck sollten bilaterale Regierungskonferenzen zwischen der EU und dem jeweiligen Bewerberstaat einberufen werden. Den verbleibenden fünf Kandidaten, unter ihnen Lettland und Litauen, wurde eine intensiviertere Heranführungsstrategie in Aussicht gestellt. Damit hatte sich das von Dänemark und Schweden abgelehnte Gruppenmodell letztlich doch durchsetzen können.

Die Reaktionen der nordischen Regierungen auf die Beschlüsse von Luxemburg

Die finnische Regierung hatte allen Grund zur Zufriedenheit. Sie hatte zwar für die Kommissionsempfehlung der Agenda 2000 gestimmt. Jedoch beließen die Luxemburger Beschlüsse Estland in der ihm von der Kommission zuerkannten herausgehobenen Stellung. Dass diese Stellung wiederum in einem einheitlichen Rahmen, der auch Lettland und Litauen aufwertete, zu Beitrittsverhandlungen führen sollte, war zwar mehr, als die finnische Regierung bereit gewesen wäre zu akzeptieren. Dieses Vorgehen stand den Zielen finnischer Politik aber keineswegs entgegen. Im Gegenteil: Es konnte die finnische Position sogar bestätigen. So sicherte die Aufnahme der Verhandlungen mit lediglich sechs Kandidaten die Effizienz der EU, die gerade die finnische Regierung wiederholt eingefordert hatte. Außerdem mag die Tatsache, dass Lettland und Litauen einbezogen wurden und ihr Abstand zu Estland damit überschaubarer erschien, dazu beigetragen haben, den Spielraum in der Kommunikation von Helsinki nach Riga und Vilnius zu vergrößern. Schließlich musste die finnische Regierung nun nicht mehr erklären, warum sie eine Trennlinie zwischen Estland, Litauen und Lettland weder als ungerechtfertigt noch als den Reformwillen hemmend ansah. Dies konnte auch für den Ruf Finnlands als Unterstützer der EU-Erweiterung und gegenüber Dänemark und Schweden nur positive Auswirkungen haben.

Auch in Kopenhagen und Stockholm herrschten in der zweiten Dezemberhälfte große Zustimmung und Freude über die getroffene Entscheidung. Auf den ersten Blick war die positive Stimmung nur allzu erklärlich, denn schließlich hatte man ein wesentliches Ziel, die übrigen Staats- und Regierungschefs entgegen allem Anschein doch noch für eine Startlinie zu gewinnen, erreicht. Damit war es gelungen, eine seit dem Abschluss der Europa-Abkommen im Juni 1995 immer wieder

geäußerte Kernforderung zur Gestaltung des Erweiterungsprozesses umzusetzen. Bemerkenswert ist jedoch die Reaktion der schwedischen und dänischen Regierung darauf, dass sie die Differenzierung der Bewerberstaaten von Anfang nicht hatten verhindern können. Die Analyse der Kommentare aus beiden Ländern zeigt, dass man auf beiden Seiten danach strebte, den Eindruck einer „Niederlage“ zu verhindern. Ebenfalls entsteht lediglich am Rande der Eindruck, dass es sich um ein gemeinsames, ein dänisch-schwedisches Projekt gehandelt hat. So erklärte der schwedische Ministerpräsident Persson den Abgeordneten des Reichstags am 13. Dezember vergleichsweise ausführlich, auf welches Prozedere man sich in Luxemburg geeinigt hatte. Er überspielte, dass es nicht gelungen war, die Differenzierung zu verhindern, mehr noch, er erklärte sie zu einer Maßnahme, die die Regierung konsequent befürwortet hatte. In der dänischen Presse war von einem dänischen Sieg für die EU-Erweiterung die Rede. Regierungschef Nyrup Ras- müssen baute in seiner Beurteilung der Beschlüsse vor allem auf die „sichere Erweiterung“, der nun nichts mehr im Wege stünde. Außerdem verknüpfte er die Ergebnisse mit dem am 28. Mai 1998 anstehenden Referendum über den Amsterdamer Vertrag, indem er die Beschlüsse des Gipfels als „Extra-Argumente“ für ein Ja bezeichnete. Dementsprechend äußerten sich die Befürworter des Amsterdamer Vertrags positiv zu den Resultaten des Gipfels, während die Gegner über ihn die Nase rümpften. Der Vertrag war im Juni 1997 von den Staats- und Regierungschefs in Amsterdam unterzeichnet worden und vertiefte in der Fortführung des EU-Vertrags von Maastricht die Zusammenarbeit in der EU. Aus dieser Perspektive war freilich nicht viel Raum, über eine eventuelle dänische „Niederlage“ zu philosophieren.

Die innenpolitische Bedeutung der EU-Erweiterung in Skandinavien

Wir haben gesehen, dass Finnland, Dänemark und Schweden von einer grundsätzlichen, wenn auch unterschiedlich artikulierten Unterstützung für die baltischen Staaten nach 90/91 ab 1995 den gleichzeitigen Verhandlungsbeginn für alle drei Kandidaten befürworteten. In dem Moment jedoch, als sie gemeinsam hätten versuchen können, dieses Ziel umzusetzen, schloss Finnland sich der Linie der Kommission an, während Dänemark und Schweden weiterhin ihre Kollegen vom Startlinienmodell zu überzeugen suchten. Wie ist es dazu gekommen? Zwei Gründe fallen besonders ins Gewicht. Der erste liegt im Verhalten der baltischen Staaten selbst. Lettland und Litauen hielten auch nach dem NATO-Gipfel von Madrid im Juli 1997, der den baltischen Staaten keine Aufnahme zusagte, an ihrem Vorhaben fest, EU- und NATO-Mitglieder werden zu wollen. Demgegenüber setzte Estland voll auf die EU-Karte und suchte sich in Finnland einen offensiven Partner. Dass Finnland nun seinerseits keine Schwierigkeiten hatte, das

estnische Ziel zu unterstützen, bringt uns zum zweiten Grund. Kurz gesagt: Die Regierung konnte der Kommissionslinie folgen, weil die EU-Mitgliedschaft Finnlands in der finnischen Gesellschaft keinem so hohen Rechtfertigungsdruck unterlag wie in Dänemark und Schweden und weil sie die EU als Forum zur Wahrnehmung eigener Interessen ansah. Für die finnische Regierung war es zum einen wichtiger, den Verhandlungsbeginn für Estland und damit das eigene Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen, als an einer nordischen Linie festzuhalten. Zum anderen brauchte Finnland eine gute Reputation in der Kommission und unter den anderen Mitgliedstaaten. Denn auf dem Luxemburger Gipfel wurde nicht nur über die Erweiterung beraten, sondern erstmals auch über die „Nördliche Dimension“. Dahinter verbirgt sich eine finnische EU-Initiative, mit der die finnische Regierung eine intensivere Auseinandersetzung der EU vor allem mit Russland in Gang gesetzt hat. Mittlerweile ist die Nördliche Dimension fester Bestandteil der Außenpolitik der EU.¹ Die finnische Regierung erntete vor allem in der Anfangsphase 1997- 1999, in der die Initiative in der EU verankert wurde, viel Aufmerksamkeit für ihr Konzept.

Demgegenüber diente das Thema Erweiterung als Bestandteil der EU-Politik in Dänemark und Schweden eher dazu, die EU und damit die Mitgliedschaft des eigenen Landes in ihr als etwas Positives, das Land Voranbringendes erscheinen zu lassen und - vor allem - herauszustellen, dass die Gemeinschaft im eigenen Interesse gestaltbar ist. Dabei muss man insoweit zwischen Dänemark und Schweden differenzieren, als die schwedische Regierung gegen eine überwiegend negative Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der EU zu kämpfen hatte. So erklärten im Frühjahr 1997 41 Prozent der Schweden die EU zu einer schlechten Sache, 27 Prozent sahen sie als eine gute Sache an, und 26 Prozent hielten sie für weder gut noch schlecht. In Dänemark hingegen waren 50 Prozent der Bevölkerung der Meinung, die EU sei eine gute Sache, 25 Prozent fanden sie schlecht, und 26 Prozent entschieden sich für weder noch. Gleichzeitig verzeichnete Dänemark mit 60 Prozent Zustimmung zur Erweiterung eine der höchsten Quoten in der gesamten EU. Diese Zahlen zeigen, dass die Erweiterung zu einem positiv besetzten Politikfeld geworden war. Einerseits wird die aktive dänische Politik auch das Bild von der EU begünstigt haben, und andererseits konnte die dänische Regierung durch die Fortführung ihrer Linie die tendenziell bejahende EU-Stimmung in der Bevölkerung nutzen, um ihre übergreifende EU-Politik zu vermitteln. Dieser Balanceakt hatte gerade in der zweiten Hälfte des Jahres 1997, der mit dem Gipfel von Luxemburg wichtige Beschlüsse für die Erweiterung erwarten ließ und für Dänemark schon im Zeichen des Referendums über den Amsterdamer Vertrags stand, eine entscheidende Bedeutung.

4. Perspektiven für den Ostseeraum als Region der EU und ihrer Anrainer

Die Idee von einem nordischen Machtblock in der EU erscheint verlockend, ist jedoch nicht realistisch. Finnland, Schweden und Dänemark hätten schon mehrfach die Möglichkeit gehabt, ihn zu bilden. Doch dies ist regelmäßig ausgeblieben, selbst bei ziemlich ähnlichen Interessen wie z.B. im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996/97. Darüber hinaus ist der Gedanke einer baltischen Einheit, die sich in einen nordischen Block fügen könnte, ein Konstrukt westeuropäischer Vereinfachungstendenzen und ebenso unrealistisch wie die Annahme allzu großer nordischer Gemeinsamkeiten.

Wesentlich wahrscheinlicher sind wechselnde Kooperationen, die sich je nach Interessenlage zusammenfinden. Ein sehr wichtiges Handlungsfeld gerade für Estland, Lettland, Litauen und Polen sind die zukünftigen Beziehungen der EU nach Osten. Hier könnten die neuen Mitglieder ihre geographische Lage nutzen und sich durch eine aktive Politik als der EU nützlich erweisen. Darüber hinaus können strategische Partnerschaften mit anderen kleinen Mitgliedstaaten außerhalb der Region ins Auge gefasst werden, um z.B. bei institutionellen oder verteilungspolitischen Fragen nicht an den Rand gedrängt zu werden. Hier stehen sich die Interessen größerer und kleinerer Staaten oft diametral gegenüber. Ebenso wichtig ist es jedoch auch, Annäherung und Zusammenarbeit mit stimmunggewichtigeren Mitgliedstaaten zu suchen, um nicht in einem „small is beautiful“ zu verharren. Eine Funktion als Brückenbauer könnte hier Polen spielen, das mit 27 Stimmen² nicht nur einiges an Gewicht im Ministerrat aufzubieten haben wird, sondern darüber hinaus gute Beziehungen zu Deutschland und zu den USA pflegt.

Es entspräche mehr als jedes Blockdenken dem politischen Alltag der EU, sich orientiert an den aktuellen Fragen und Interessen wechselnde Kooperationspartner zu suchen. Auf diese Weise könnten sich die neuen Mitglieder erfolgreicher in Szene setzen. Welche Kreise sich auch immer zusammenfinden werden, auf jeden Fall müssen Schweden, Dänemark und Finnland sich von der Anwaltsrolle trennen und ihr Verhältnis zu den baltischen Staaten neu definieren. Damit einher geht die Aufgabe, die eigenen ungeklärten Fragen in Sachen EU, wie z.B. die dänischen Ausnahmeklauseln und die Einführung des Euros in Schweden,³ dauerhaft zu lösen. Die Zeiten, in denen die Erweiterungspolitik auch dazu dienen konnte, die EU-Mitgliedschaft positiver darzustellen, gehen ihrem Ende zu. Für Estland, Litauen und Lettland gilt, dass sie die Instrumentalisierung der EU zu innenpolitischen Zwecken möglichst minimieren sollten, um die Entwicklung eines eigenen Profils in der EU nicht zu behindern.

Die positiven Impulse, wie z.B. eine weiter wachsende Handelsbilanz, die die Erweiterung für die nordischen Staaten bedeuten wird, werden auch Dänemark und damit das Grenzland betreffen. Darüber hinaus jedoch könnte Dänemark eine

bedeutsame Rolle zukommen. So wäre es wünschenswert, wenn sich die dänische Regierung auf der Grundlage der guten Zusammenarbeit in der Grenzregion und der Erfahrungen aus dem Beginn der 1990er Jahre für ostseepolitische Fragen in der EU weiterhin um die Zusammenarbeit mit Deutschland bemüht. Dabei hat die Unterstützung regionaler Initiativen eine besondere Bedeutung, da sie beitragen kann, die sehr aktive Ostseepolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu stärken. Sollte es hier auch in Zukunft dänische Impulse geben, so ist die Hoffnung womöglich nicht vergebens, dass das Auswärtige Amt in Berlin sich mehr als in den letzten Jahren in Richtung Ostsee bewegt.

Anmerkungen

- 1 Ein guter Überblick findet sich auf der Internetseite der EU unter http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim
- 2 Das sind drei Stimmen, mehr als Finnland, Dänemark und Schweden zusammen genommen haben.
- 3 Das Ergebnis der Abstimmung über den Beitritt zur Euro-Zone lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

60. Geburtstag von Dr. Jörn-Peter Leppien

Am 2. August dieses Jahres feierte der verantwortliche Redakteur unserer Grenzfriedenshefte Dr. Jörn-Peter Leppien in Harrislee seinen 60. Geburtstag.

Seit Jahrzehnten engagiert er sich ehrenamtlich in unterschiedlichen Bereichen, die aber eines verbindet: das ausgesprochene Interesse an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Landesgeschichte Schleswig-Holsteins. Dieses Interesse ist für ihn Quelle umfassender Aktivitäten, die weit über den nördlichen Landesteil, dem er sich besonders verbunden fühlt, hinausreichen. Dr. Leppien gehört damit zu den wenigen ehrenamtlich Tätigen, die sich über einen langen Zeitraum hinweg dieser historischen Arbeit als Lebensaufgabe widmen. Innerhalb unseres Verbandes, aber mit enormer Außenwirkung verbunden, hat Dr. Leppien eine besondere Aufgabe übernommen: die Herausgabe der vierteljährlich erscheinenden „Grenzfriedenshefte“, die von besonderer Bedeutung sind. Diese Publikation gilt heute als *die* wissenschaftliche Veröffentlichung zu den besonderen Fragen des Grenzlandes und der Geschichte Schleswig-Holsteins. Auf allgemein anerkanntem hohen wissenschaftlichen Niveau veröffentlichen deutsche und dänische Autoren Beiträge zu geschichtlich, kulturell und politisch wichtigen Fragen.

Dr. Leppien führt seit 1980/81 die Redaktion der „Grenzfriedenshefte“ und ist damit hauptverantwortlich für Inhalt und Form dieser Publikation. Er leitet die Redaktionskonferenz, koordiniert die Beiträge, regt neue Themen an und setzt damit inhaltliche Schwerpunkte, er liest Korrektur und kümmert sich engagiert um Autoren in Schleswig-Holstein und Dänemark. Dass er daneben noch eine Reihe herausragender eigener Beiträge verfasst, gehört ebenfalls dazu.

Er hat sich damit um den wissenschaftlichen Diskurs nicht nur im Grenzland verdient gemacht. Die andauernde ehrenamtliche Arbeit an einer wissenschaftlich anspruchsvollen und kontinuierlich erscheinenden Serie erfordert ein hohes Maß an Einsatz und Interesse.

Dr. Leppien ist zudem verantwortlich für die Herausgabe von Sonderpublikationen des Grenzfriedensbundes. So sind allein in den letzten Jahren mehrere zusätzliche Veröffentlichungen entstanden, die entweder aktuelle oder historisch spezielle Themen darstellen, die durch einen Aufsatz in den „Grenzfriedensheften“ allein nicht angemessen platziert wären. Auch für diese Reihe leistet er die inhaltlichen und formalen Arbeiten.

Einige Beispiele:

– „Wir wollen ein Zeichen setzen“. Schülerinnen und Schüler gestalten ein

Mahnmal;

- „Operation Lion“. Henrik V. Ringsted und der Ildstedt-Löwe“;
- „Wenn Zahlen zu Gesichtern werden“. Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen;
- IZRG. Erwartungen und Aufgaben.

Dr. Leppien war von der Gründung des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte 1992 bis zum Sommer 2003 Mitglied des Kuratoriums des „Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte“ in Schleswig. Das IZRG ist als wissenschaftliche Einrichtung der Universität Flensburg angegliedert.

In den ersten drei Jahren nach Beginn der Arbeit des Instituts übernahm Dr. Leppien die ebenfalls ehrenamtliche Funktion des Kuratoriumssprechers und – Vorsitzenden; eine Tätigkeit, die gerade in der Gründungszeit mit sehr viel Arbeit verbunden war. Dieses Institut ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil der Wissenschaftslandschaft unseres Landes. 1982 bereits hat Dr. Leppien rund ein Dutzend Schüler der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg, an der er seit 1978 hauptberuflich für die Fächer Geschichte, Philosophie und Wirtschaft/Politik tätig ist, im Rahmen einer Projektwoche veranlasst, der kaum erforschten Geschichte des KZ Ladelund nachzugehen. Aus diesem Schulprojekt, an dessen Ende eine Dokumentation stand, wurde bald ein ausgewachsenes Forschungsprojekt für interessierte Historiker, das Dr. Leppien vorantrieb. 1984 entstand eine umfassende Wanderausstellung zum KZ Ladelund und zum Schicksal der etwa 3000 Häftlinge; wenige Jahre später gelang der Schritt zu einer Gedenkstätte mit fester Dokumentation. Heute ist die Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, wenige Kilometer südlich der deutsch-dänischen Grenze, eine bemerkenswerte Stätte historisch-politischer Bildung in Schleswig- Holstein, die von vielen Menschen besucht wird.

Sowohl im Aufbau als auch in der wissenschaftlichen und konzeptionellen Leitung der Dauerausstellung hat sich Dr. Leppien große Verdienste um die Aufarbeitung der schleswig-holsteinischen Geschichte erworben. Seine langjährige ehrenamtliche Arbeit für die KZ-Gedenkstätte Ladelund ist von nicht nachlassender Energie und wissenschaftlicher Leidenschaft geprägt. Hinzu kommt das hohe Interesse, diese schwierigen historischen Prozesse auch jungen Menschen zu vermitteln.

Anzumerken ist ein weiterer Aspekt: Dr. Leppien hat ein Projekt für Jugendliche zur Suche nach Spuren der polnischen Häftlinge und Opfer gefördert. Dies hat in einer zweisprachigen (deutsch-polnischen) Sonderpublikation seinen Niederschlag gefunden und ist mit Sicherheit ein wichtiger Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung geworden.

Seit 1994 kümmert sich eine kleine Gruppe historisch Interessierter um die Geschichte des Bahnhofs von Harrislee. 1996 initiierte Dr. Leppien zusammen mit

Kollegen und Schülern u.a. der Auguste-Viktoria-Schule und der Duborg-Skole in Flensburg ein ganz besonderes Projekt: Die Schüler sollten im Kunstunterricht ein Mahnmal zum Gedenken an die Verschleppten und Ermordeten der Nazi-Zeit entwerfen. Dabei ging es um die dänischen Gefangenen des Lagers Frøslev, die 1944/45 vom Bahnhof Harrislee aus die Fahrt in die Konzentrationslager antreten mussten.

Das Mahnmal entstand und ist heute ein Zeichen gegen Unmenschlichkeit und gegen den Krieg. Das ist eine von vielen Aktivitäten, die Dr. Leppien gegen das Verdrängen und Vergessen mit Schülern und jungen Menschen angeregt hat.

Die Gruppe „Harrislee-Bahnhof, der Dr. Leppien bis heute als aktiver Mitgestalter angehört, hat sich schnell etabliert und hat 2002 eine umfassende Veröffentlichung zum Thema publiziert – natürlich unter der Redaktion von Dr. Leppien.

Um seine großen Verdienste für dieses Projekt, die hier nur stichwortartig angerissen werden können, deutlich zu machen, soll Anke Sporendonk, MdL des SSW und als Sprecherin in der Gruppe aktiv, zitiert werden: „Die Zusammenarbeit von Angehörigen der deutschen Mehrheitsbevölkerung, der dänischen Minderheit und von Dänen nördlich der Grenze in der Projektgruppe „Harrislee-Bahnhof ist ein Beispiel für eine keinesfalls immer selbstverständliche Kooperation über Grenzen hinweg. Dabei hat die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern (...) unter der Leitung des Historikers Dr. Jörn-Peter Leppien Maßstäbe gesetzt. (...) Ohne sein Expertenwissen in Sachen Gedenkstättenarbeit, ohne seinen Fleiß und seine fachliche Kompetenz wären wir heute nicht dort, wo wir uns jetzt befinden.“ Dr. Leppien hat – getragen auch durch seine pädagogische Arbeit in den vergangenen Jahren – eine Reihe weiterer Initiativen historisch-politischen Charakters angestoßen; dazu gehören Projekte wie z.B. die zweisprachige Ausstellung „Der Idstedt-Löwe 1945. Von Berlin nach Kopenhagen“, die auf großes Interesse stieß.

Nach seinem Ausscheiden aus dem IZRG-Kuratorium in diesem Jahr ist Dr. Leppien neu in den „Wissenschaftlichen Beirat der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten“ berufen worden. Diese ehrenamtliche Tätigkeit dauert fünf Jahre.

Für die redaktionelle Arbeit mit den „Grenzfriedensheften“ und seine besonderen Verdienste in der Erforschung und Vermittlung der regionalen Zeitgeschichte wurde Dr. Leppien vor acht Jahren mit der Ehrennadel des Landes Schleswig-Holstein ausgezeichnet.

Der Grenzfriedensbund dankt Dr. Jörn-Peter Leppien für seine mehr als 20-jährige Arbeit für unseren Bund und hofft, dass er noch lange Zeit hauptverantwortlich die Grenzfriedenshefte herausgibt.

Lothar Hay (Vorsitzender)

Rolf Fischer (Vorstandsmitglied)

„Ziegel und Segel – tegl og sejl“

Unter der Überschrift „Zwei Denkmäler von großer Symbolkraft“ berichtete das Flensburger Tageblatt über ein bemerkenswertes grenzüberschreitendes Kunstwerk, das am 18. Juni 2003 der Öffentlichkeit übergeben wurde. Zur Einweihung sprachen von dänischer Seite der ehemalige Amtsbürgermeister Kresten Philipsen, von deutscher Seite Kreispräsident Johannes Petersen. Das Projekt wurde aus dem Kulturfond des Regionalrates finanziert und durch die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg begleitet.

Die Redaktion

Die Denkmäler sind schlicht, aus rotem Ziegelstein gebaut, aber von großem Symbolwert. Sie erinnern an die vielen Ziegeleien beiderseits der Förde, an die Kleinschiffahrt, von der die Ziegeleien abhängig waren, und an das einstige Zusammenspiel über die Ostsee, das den Regionen wertvolle wirtschaftliche und kulturelle Impulse gab.

Die schwedische Tonkünstlerin Ulla Viotti hat die Anregung des dänischen Historikers Arne Aabenhuss und einer Initiativgruppe um das Ziegeleimuseum Cathrienesminde aufgegriffen. Aus altem Ziegel sind die Kunstwerke „Ziegel und Segel – tegl og sejl“ geschaffen worden. Auf deutscher Seite steht ein Werk an der ehemaligen Verladestelle östlich des „Hakens“ am Westerholzer Strand, auf dänischer Seite der zweite Teil des Projekts am alten Fähranleger in Brunsnæs...

Flensburger Tageblatt, 18.6.2003

Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins ist 25 Jahre alt

1978 fand sich auf Initiative von sechs jüngeren Landeshistorikern ein Kreis von Geschichtsforschern, Museologen, Volkskundlern und Geographen zusammen, um gemeinsam etwas zur Verbesserung der Situation der Landesgeschichte zu tun. Diese lag bis dahin in den Händen sowohl des landesgeschichtlichen Lehrstuhls der Kieler Universität als auch der altehrwürdigen „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“. Beide waren zu diesem Zeitpunkt auf die Felder Geistes-, Politik-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte ausgerichtet und hatten nur wenig Berührung mit den ab Ende der 1960er Jahre neu belebten Forschungsgebieten der Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Zudem

kannte die ältere Landesgeschichtsforschung im Wesentlichen den wissenschaftlichen Einzelarbeiter und hatte ein distanzierendes Verhältnis zu Formen der Gruppenarbeit. (Allerdings war hier durch die Gründung des Arbeitskreises für Flensburger Stadtgeschichte bereits ein Wandel eingeleitet worden.) Die Gründer des „Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins“ wollten Bereiche erforschen, die ihrer Meinung nach bisher zu kurz gekommen waren, und mit den gewonnenen Resultaten die geschichtliche Entwicklung des Landes besser, tiefer und stärker an den handelnden und leidenden Menschen orientiert erklären helfen. Dass diese Ziele auf Zustimmung stießen, wurde in dem relativ rasch wachsenden Kreis sichtbar. Die Beteiligung vieler dänischer Kolleginnen und Kollegen und die freundschaftliche Zusammenarbeit über die Staatsgrenze hinweg war von Beginn an eine Selbstverständlichkeit, die sich in vielen abgeschlossenen und laufenden Projekten (auch über den Arbeitskreis hinaus) erfolgreich bewährt hat. Wesentliches Arbeitsverfahren des Arbeitskreises ist das Projekt, in dem sich mehrere Mitglieder des Arbeitskreises und auch außerhalb der Gruppe stehende Forscher zu einem Thema austauschen und schließlich im Rahmen einer Tagung die gewonnene Forschungserträge präsentieren und diskutieren. Die Themen werden von einzelnen Mitgliedern vorgeschlagen. Die Ergebnisse dieser Projekte, aber auch wegweisende Einzelforschungsarbeiten werden in der eigenen Schriftenreihe „Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins“ veröffentlicht. Für die interne Kommunikation und darüber hinaus gab es von Anfang an den „Rundbrief mit kleinen wissenschaftlichen Aufsätzen, bibliographischen Hinweisen, der Rubrik „Historische Statistik“, Berichten, Projektmitteilungen u.a.m. Die „Kleine Reihe“ bringt quellenkundliche Beiträge und Hilfsmittel, während die „Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins“ für besonders bedeutende Quelleneditionen zur Verfügung steht. Eine herausragende Gemeinschaftsleistung ist die von Martin Rheinheimer abgeschlossene „Bibliographie zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Schleswig-Holsteins“, die in enger Kooperation mit der Landesbibliothek entstand und herausgegeben wurde – ein unentbehrliches Hilfsmittel für den Forscher.

Die Arbeitszusammenhänge im Arbeitskreis haben auch andere Projekte entstehen lassen. So ist die Entstehung der von Ulrich Lange herausgegebenen „Geschichte Schleswig-Holsteins“ (1996) ohne die durch den Arbeitskreis geschaffene personelle Verknüpfung nicht zu denken und so wurde das 2000 erschienene „Schleswig-Holstein Lexikon“ wesentlich im Arbeitskreis konzipiert und zu einem erheblichen Teil durch Arbeitskreis- Mitglieder realisiert. Dem kommt der kollegiale und freundschaftliche Umgangston in dem Zusammenschluss sehr entgegen, der manche akademischen Gepflogenheiten beiseite schiebt und sich immer wieder an der Sache orientiert. Das dürfte auch der Grund dafür sein, dass

bisher dem Arbeitskreis der Nachwuchs nicht ausgeht – immer wieder stoßen jüngere Forscherinnen und Forscher hinzu, die sich bei freundschaftlich-kollegialem Rat in diesem Kreis offenbar ernst genommen und gut aufgehoben fühlen. Dass auch junge Mitglieder rasch in Entscheidungspositionen gelangen können, ist wohl auch Zeichen für die Offenheit des Arbeitskreises.

Das gilt auch für neue Forschungsansätze, die sich nicht einfach dem früher einmal formulierten Kanon der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Landes verpflichtet fühlen, sondern von jüngeren Mitgliedern eingebracht und gemeinschaftlich bearbeitet werden. Dazu gehören Themen der Geschlechter-, Mentalitäts- und Mikrogeschichte ebenso wie solche der Psychogeschichte. Der Grundsatz, dass im Arbeitskreis zu fördern ist, was es erlaubt, die Geschichte der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg und der auf dem heutigen Territorium des Landes Schleswig-Holstein einmal gewesenen Herrschaftsbereiche besser und tiefer zu erklären und die geschichtlichen Strukturen und deren Wandel besser und tiefer herauszuarbeiten, steht dabei an erster Stelle.

Die informelle Leitung des Arbeitskreises hat das Leitungsgremium, dem alle Mitglieder angehören, die für Einzelbereiche Verantwortung tragen: Sprecher und dessen Stellvertreter, Sekretär, Rechnungsführer, Sprecher des Redaktionskollegiums, Internetbeauftragter und alle Leiter laufender Projekte. Die Finanzierung des Arbeitskreises erfolgt durch Mitgliederbeiträge, Unterstützung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Zuschüsse der Landesregierung und Förderung durch verschiedene Sponsoren. In den 25 Jahren seines Bestehens hat der Arbeitskreis 35 Bände der „Studien“, fünf Hefte der „Kleinen Reihe“, sechs „Quellen“-Editionen und 85 Rundbriefe herausgegeben. Er hat gegenwärtig etwa 110 Mitglieder und ist der einzige Forscherzusammenschluss in Schleswig-Holstein, der durch gemeinschaftliche Anstrengungen versucht, die noch immer bestehenden Defizite der landeshistorischen Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der grundlegenden Strukturen und der langdauernden Entwicklungslinien zu mindern. Das ist ihm bisher in erfreulich starkem Maße gelungen und möge ihm auch in Zukunft weiter gelingen.

Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt

Die Sønderjyder werden weniger

Auf und ab: Die Einwohnerzahl im Amt Sønderjylland wird stark sinken, während das „Dreieck“ wie üblich Zugang verzeichnet.

Keine Neuigkeiten sind gute Neuigkeiten. So sieht man es zumindest im „Dreieck“ im Amt Vejle. Die jütischen Kommunen unweit der Brücke über den Kleinen Belt sehen in den nächsten Jahren einem Bevölkerungszugang entgegen. Das aufstrebende Gebiet zieht weiterhin tausende neuer Bewohner an.

Danmarks Statistik hat eine Prognose bis zum Jahr 2040 erstellt, und diese liest sich für den Bürgermeister von Fredericia, Uffe Steiner Jensen (Soz.), sehr angenehm. Er bezeichnet es als „kolossal wichtig“, dass Arbeitsplätze, Arbeitskräfte und damit Steuereinnahmen hinzukommen, um den Bürgern weiterhin einen guten Service bieten zu können. Doch dies bringt nicht nur Einnahmen mit sich, sagt Uffe Steiner Jensen. Mehr Bewohner ziehen auch höhere Ausgaben für neue Kindergärten, Schulen und Pflegeheime nach sich. „Es ist eine sehr komplizierte Rechenaufgabe, aber persönlich glaube ich, dass es ein Plus gibt“, sagt er und tut sich damit schwer, ein wenig pessimistisch zu klingen. „Jawohl, wir freuen uns sehr darüber, dass neue Einwohner zu uns ziehen“, sagt er.

Doch während keine Neuigkeiten für das Dreieck Vejle-Kolding-Fredericia gute Neuigkeiten sind, sind sie es ganz bestimmt nicht für das Amt Sønderjylland. Während der nächsten 37 Jahre geht die Einwohnerzahl um 8 Prozent zurück. Doch Amtsbürgermeister Carl Holst (Venstre) lässt sich davon weder überraschen noch einschüchtern: „Das ist keine neue Entwicklung, und wir werden alles dafür tun, diesen Trend umzukehren – so wie es in den 1950er Jahren geglückt ist, die Agrar- in eine Industriegesellschaft umzustrukturieren. Daran hat seinerzeit auch niemand geglaubt.“

Die 23 nordschleswigschen Kommunen haben längst Sporthallen und Kulturzentren errichtet, die Garantie für Tagesstättenplätze eingeführt und ordentlich Reklame gemacht, um anziehender zu wirken. Trotzdem werden sie bald fast 30 000 Einwohner verlieren. Doch Carl Holst glaubt an bessere Zeiten. „Es gibt auch gute Seiten, wenn man in einer Region wohnt, die sich laut Statistik in Auflösung befindet.“ So sieht es die Immobilienmaklerin Birgit Toft Jensen aus Christiansfeld: „Wir wohnen hier richtig gut“, sagt sie. Obwohl Christiansfeld zum Amt Sønderjylland gehört, geht es aufwärts. Die Kommune profitiert von ihrer Nähe zum aufstrebenden „Dreieck“. „Viele unserer Kunden meinen, dass es in Kolding zum Wohnen zu teuer ist. Deshalb ziehen sie hierher“, sagt Birgit Toft Jensen.

Das Amt Ripen wird übrigens 20 000 Einwohner verlieren, was einen Rückgang um 6 Prozent bedeutet. Den größten Zuwachs erwartet das Amt Århus mit 5 Prozent mehr Hansens und Jensen. Schlusslicht ist Bornholm mit einem Minus von 9 Prozent.

Jesper Rasmussen, in: Jydske Vestkysten, 19.6.2003.

Die Erkenntnis, dass die Bevölkerungszahl in beiden Teilen der Grenzregion langsam aber sicher abnimmt, ist nicht neu. Doch es muss allen zu denken geben, dass nur wenige Ballungszentren von den derzeitigen Strukturen profitieren, während immer größere Landesteile zu Randgebieten herabsinken. Für das schleswigsche Grenzland bedeutet dies, dass man beschleunigt die politische Randlage abbauen muss, wenn die Region nicht endgültig abgehängt werden soll.

Deutsch-dänische Geschichte fördern

„Symbolträchtig“ nannte Nis Hardt, Leiter des Museums Danevirkegarden, die Gründung des „Fördervereins Archäologischer Park Danewerk“. Deutsche und Dänen haben sich auf historischem Boden getroffen, um diesen grenzüberschreitenden Verein unter Vorsitz von Kresten Philipsen zu gründen.

Die Ziele des neuen Fördervereins sind klar definiert: Er soll die wissenschaftliche Erforschung und Erschließung des Danewerkes für eine breite Öffentlichkeit sowie die Herausgabe von Publikationen unterstützen. Darüber hinaus sollen Maßnahmen zur Nutzung des Danewerkes und des dortigen Museums als außerschulisches Lernortzentrum gefördert werden, um das gemeinsame und historische Verständnis im deutsch-dänischen Grenzland auszubauen. Kresten Philipsen, ehemaliger Amtsbürgermeister von Sønderjyllands Amtskommune, wurde von den achtzehn Gründungsmitgliedern zum 1. Vorsitzenden des Vereins gewählt. Seine Stellvertreter sind Norbert Meik aus Bollingstedt und Hardy Nielsen aus Apenrade, Beisitzer ist Harald Piepgras. Die Vereinssprache, so steht es in der Satzung, ist Deutsch und Dänisch. Weiter heißt es: „Zum Vorsitzenden kann nur gewählt werden, wer beide Sprachen beherrscht.“ Ob er allerdings die deutsche Sprache „beherrscht“, bezweifelte Kresten Philipsen in seiner auf deutsch gehaltenen Antrittsrede schmunzelnd. Er möchte jedoch mithelfen, die Zusammenarbeit für das Danewerk als wichtiges Teil der deutsch dänischen Geschichte zu stärken und Gelder für die vielfältigen Aufgaben einzuwerben.

Der Archäologische Park Danewerk ist ein etwa 2,7 Kilometer langer Abschnitt der Wallanlagen im Bereich der Gemeinde Dannewerk. Er wird gemeinsam vom Kreis Schleswig-Flensburg als Eigentümer der Flächen, dem Sydslesvigsk Forening mit seinem Museum Danevirkegaard und der Arbeitsgemeinschaft Ochsenweg touristisch erschlossen und für Besucher, insbesondere auch für Schulklassen, aufbereitet.

Dr. Bernd Zieh von der Ochsenweg Arbeitsgemeinschaft und Museumsleiter Nis Hardt informierten bei einem Spaziergang entlang der Waldemarsmauer zur Schanze 14 über die historische Bedeutung der Wallanlage und über die geostrategische Bedeutung des Ochsenweges.

Eine „kulturhistorische Wirbelsäule Nordeuropas“ nannte Dr. Bernd Zieh den 4000 Jahre alten Ochsenweg.

Das Danewerk, so Nis Hardt, sei das dienstälteste Verteidigungsbauwerk der Welt und die Waldemarsmauer in der Zeit von 1160 bis 1182 unter dem dänischen König „Waldemar dem Großen“ erbaut, zu dem das größte jemals in Nordeuropa errichtete Backsteinbauwerk.

Das Danewerk und der archäologische Park müssten vor allem gepflegt werden, sagte Dr. Zieh den vielen Vertretern deutscher und dänischer Institutionen, die sich vor der Vereinsgründung über die Aufgaben und Ziele informieren ließen.

Viele Ideen auf deutscher und dänischer Seite

Einige Teile des Danewerks mit seinen einst 30 Kilometer umfassenden Grenz- und Verteidigungswällen zwischen Schlei und Treene sind noch unerforscht. Die bislang entdeckten ältesten Teile stammen aus derzeit um 680 n. Chr. Die Thyraburg ist beispielsweise noch unerforscht. Zu den vielen Ideen und Plänen, den Park in deutsch-dänischer Zusammenarbeit weiter auszubauen, gehört die endgültige Rekonstruktion der Schanze 14, die im zweiten deutsch-dänischen Krieg 1864 vom Königreich Dänemark als Verteidigungsstellung ausgebaut wurde. Unterstützung komme von einem Mitarbeiter des Zeughausmuseums Kopenhagen, der mit seiner Quellenforschung zur Rekonstruktion beitragen könne. Konkret sei bereits geplant, so Dr. Zieh, eine Rampe für die „Kanonenzuwegung“ zu bauen. Ob allerdings auch den heutigen „Event-Bedürfnissen nachgekommen werden solle und dort auf der Schanze wieder eine schussbereite Kanone stehen werde, ließ er scherzhaft offen.

Flensburger Tageblatt, 1.7.2003

Express von Husum nach Sonderburg

Die meisten Buslinien machen an der Grenze halt, Fahrpläne und Verbindungen diesseits und jenseits der Grenze sind nicht aufeinander abgestimmt. Mit Hilfe der Europäischen Union könnte es schon bald anders werden. Eine Schnellbuslinie von Husum nach Sonderburg ist im Gespräch. Busunternehmen und Verwaltungen arbeiten an diesem Projekt.

„Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs“ heißt das Vorhaben im schönsten Bürokratendeutsch. Es wird von der Stadt Flensburg, den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie Sønderjyllands Amt betrieben und soll den Busverkehr in den Grenzregionen verbessern.

Im grenzüberschreitenden Verkehr mit dem Bus liegt der Teufel oft im Detail. Es

gibt zwar deutsch-dänische Fahrpläne. Weil aber die Deutsche Bahn ihre Fahrpläne im Dezember, die dänische Seite jedoch im Sommer umstellt, seien die Angaben regelmäßig schon nach einem halben Jahr nicht mehr zutreffend, erklärt Alexandra Schütte, Projektmanagerin der deutschen Seite. „Ein wichtiges Ziel des Projektes ist, dem Fahrplandilemma Herr zu werden“, sagt sie. Angedacht sei, halbjährlich einen Regionalfahrplan herauszugeben.

Auch Defizite im Marketing habe man bereits aufgedeckt so Schütte weiter. „Wer weiß schon, dass man bereits heute im Stundentakt mit dem Bus von Flensburg nach Sonderburg fahren kann?“, meinte sie. Insgesamt stehen für das Projekt mehr als 500 000 Euro zur Verfügung. Sie fließen aus den Kassen des Interreg-Förderprogramms, mit dem das Zusammenwachsen der Region gefördert wird. Bis April 2006 soll es abgeschlossen sein. Doch erste Ergebnisse wird es bereits früher geben. Bis zum Ende des Jahres wollen die Projektpartner zunächst Unterschiede und Gemeinsamkeiten der nationalen Bussysteme analysieren und ausloten, wie eine dauerhafte Kooperation künftig aussehen könnte.

Man wolle das Rad nicht neu erfinden, bekräftigt Schütte. Vielmehr gehe es darum, „wie wir aus dem, was wir haben, Sinnvolles machen können.“ Alte und neue Linien sollen zueinander passen. Die Fahrtzeiten werden abgestimmt. Konkurrenz zu den Bahnrouen ist nicht vorgesehen. Die Ziele für die Menschen der Region sind klar: Ihnen soll die grenzüberschreitende Arbeitsaufnahme sowie die Nachfrage nach Dienstleistungen und Kulturangeboten beiderseits der Grenze erleichtert werden. Zudem erwarten die Projektplaner Impulse für die Erschließung touristischer Ziele. Auch die Hochschulen sollen profitieren. Durch bessere Verbindungen zwischen den Hochschulen in Flensburg und Sonderburg wollen die Projektpartner die grenzüberschreitenden Studiengänge attraktiver machen. Schon jetzt ist sich Schütte sicher: „Das Projekt wird der deutschen Seite eine ganze Menge bringen.“ Wertvoll sei vor allem der Erfahrungsaustausch. Daher sei ein wichtiger Baustein des Projektes, Gespräche dauerhaft zu etablieren, damit „nicht jeder in vier Kilometern Entfernung vor sich hin wurschtelt“. Als Glanzstück der Zusammenarbeit soll im nächsten Sommer eine Schnellbusverbindung zwischen Husum, Flensburg und Sonderburg eingerichtet werden. Es gehe darum, Barrieren abzubauen und die Region als Einheit erlebbar zu machen, erklärt Schütte. Das soll schon mit dem Kauf eines Bustickets möglich werden.

Flensburger Tageblatt, 29.7.2003

Deutsche Touristen in Kollund schikaniert

Rassismus: Dauer-Camper verlangten die Ausweisung von Campern mit dunklem Äußeren. FDM entschuldigt sich bei deutschen Familien und fordert die Dauer-

Camper auf, sich einen anderen Platz zu suchen.

Der Tourismus in Dänemark hat nach Pizza-Aages Boykottaktion noch eine schlechte Angelegenheit in Bezug auf Deutschland bekommen. Eine kleine Gruppe dauerhafter Camper auf dem FDM-Platz in Kollund hatte verlangt, einige „Zigeuner“ vom Platz zu verweisen. Diese waren indessen deutsch-jüdische Familien, die sich von den Dänen grob verunglimpft fühlen. Die dänischen Dauercamper hatten mit ihrer Forderung nach Entfernung der neuen Gäste, die alle eine dunklere Hautfarbe und braune Augen haben, jedoch keinen Erfolg. Der Leiter des Campingplatzes Leif Ostfeld verteidigte nämlich die deutschen Familien: „Das waren ganz gewöhnliche deutsche Staatsbürger jüdischer Abstammung, liebenswerte Menschen mit kleinen Kindern“, erklärt Leif Ostfeld. Später am gleichen Tag wurde er von der Grenzpolizei in Pattburg aufgesucht, der die Papiere der deutschen Familien vorgelegt wurden. „Es war so, wie ich dachte. Sie waren keine Zigeuner, und keiner von ihnen hatte jemals mit der Polizei zu tun gehabt. Alle Papiere waren in Ordnung“, erklärt Leif Ostfeld. Er hat keinen Zweifel daran, wer die Polizei gerufen hat. Doch die deutschen Familien haben inzwischen den Campingplatz verlassen. „Wir fühlen uns überwacht, und die Leute sehen uns an, als ob wir die Pest hätten“, sagten sie vor der Abreise zu Flensburg Avis. „Der Platzwart ist ein netter Mensch.

Das erlebt man selten. Aber wir kommen nächstes Jahr nicht wieder.“

Als die Angelegenheit bekannt wurde, stellten Unbekannte an der Zufahrt zum Campingplatz ein Schild auf mit der Aufschrift: „Auf diesem Platz sind Ausländer nicht erwünscht.“ „Wir haben das sofort entfernt. Schließlich ist unser Campingplatz offen für alle Nationen, egal welcher Religion oder Hautfarbe. Daran darf es keinen Zweifel geben“, sagt Leif Ostfeld, der sich darüber freuen konnte, dass ein älteres Ehepaar ihm eine Flasche Wein als Anerkennung für seinen Umgang mit der Situation überreichte.

Der Automobilclub FDM (Foreningen af danske motorister), dem der Campingplatz gehört, unterstützt ebenfalls seinen Platzwart, indem man betont, dass die FDM-Campingplätze allen offen stehen, solange sie sich an die geltenden Regeln halten. „Die glücklicherweise nur wenigen Dauergäste, die dies nicht akzeptieren können, sollten sich einen anderen Platz suchen, sagt der Leiter der Camping-Abteilung im FDM, Leif Christensen. Er bedauert zutiefst die Vorfälle, denen die deutschen Familien ausgesetzt waren, und fügt hinzu, dass „so etwas Verwerfliches nicht auf einem FDM-Campingplatz passieren darf“. Die Unterstützung für den Platzwart kommt jedoch zu spät. Zunächst hatte ein FDM-Mitarbeiter ihn nämlich nach Eingang der Klagen der Dauergäste dazu aufgefordert, etwas in dieser Hinsicht zu unternehmen. „Deshalb habe ich zu Ende März gekündigt. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Der FDM hat sich in viel zu viele Dinge eingemischt. Das kann man nicht mit

jemandem wie mir machen, der seit 23 Jahren Campingplätze betreibt“, sagt Leif Ostenfeld.

Gwyn Nissen, in: *Jydske Vestkysten*, 30.7.2003

Die hässliche Szene aus Kollund schlug in der dänischen und deutschen Presse hohe Wellen. Trotz einer spätestens seit dem Wahlkampf von 2001 zu beobachtenden Verschärfung der Debatte über Zuwanderung und Integration, die bereits in strengeren Bestimmungen ihren Niederschlag gefunden hat, sind derartige Ausfälle selten – und rassistisch motivierte physische Gewaltakte bis hin zu Brandstiftung und Mord, die es in Deutschland seit den 1990'er Jahren mehrmals gegeben hat, sind in Dänemark unbekannt. Dennoch muss man die Episode vom Campingplatz auch vor dem Hintergrund betrachten, dass die Ausländerdebatte derzeit zu den beherrschenden Themen der politischen Diskussion in Dänemark gehört.

Das Ende für Fanøs Pizza-Aage

Niels Aage Bjerre, Fanø, wurde durch seinen Boykott deutscher und französischer Gäste weltbekannt. Jetzt verkauft er sein Geschäft.

Niels Aage Bjerre, besser als „Pizza-Aage“ bekannt, steht kurz vor dem Verkauf seiner weltbekannten Pizzeria auf Fanø. Der Käufer ist der frühere Export-Fahrer Henrik Jørgensen, der vor einigen Monaten nach 12 Jahren auf der Landstraße nach Fanø gezogen ist und es nun mit Pizza versuchen will. „Es fehlen noch die letzten Genehmigungen, damit der Vertrag unterschrieben werden kann, sagt Henrik Jørgensen und stellt heraus, dass er alle bedienen wird. Er macht bereits Werbung für einen Tag der offenen Tür am Sonnabend, unter der Voraussetzung, dass er die endgültige Genehmigung bekommt. Pizza-Aage wurde weltbekannt, als er im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg bekanntgab, dass er nichts mehr an Franzosen und Deutsche verkaufen will, weil sich die Regierungen beider Länder gegen den von den USA geführten Krieg gegen den Irak gestellt hatten. Dies hat ihm durch das Gericht in Esbjerg eine Buße von 5000 Kronen eingebracht, indem er nach dem so genannten milderen Rassismus-Paragrafen wegen Ungleichbehandlung verurteilt wurde. Das Urteil liegt zur Berufung beim Landgericht, das die Sache am 13. August behandeln soll.

Während dieser neuen Entwicklung hat sich das „Kommittee Stop Chirac“ mit einer Initiative für Niels Aage Bjerre eingemischt. Das Kommittee hat Justizministerin Lene Espersen (Kons.) aufgefordert, die Staatsanwaltschaft zurückzupfeifen. „Nun hat ‚System-Dänemark‘ Pizza-Aage endlich erwischt. Als kleiner Gewerbetreibender hat dieser Mann sich erdreistet, eine persönliche Meinung

über den Krieg im Irak und besonders zu Frankreichs und Deutschlands Position der Feigheit zu haben“, sagt Nils W. Larsen vom Komitee.

Hans Jørn Kristensen, in: Jydske Vestkysten, 31.7.2003

Auch während des Sommerlochs: „Pizza-Aage“ war in diesem Jahr das Top-Thema der Berichterstattung über deutsch-dänische Beziehungen, bis sich die vorstehend zitierte unschöne Geschichte ereignete. Am 4. Juni wurde Bjerre vom Amtsgericht in Esbjerg wegen Ungleichbehandlung zu einer Geldbuße von 5000 Kronen verurteilt. Bemerkenswert war der Leitartikel in „Jydske Vestkysten“ an diesem Tag unter dem Titel „Unverhältnismäßigkeit kostet Kräfte“, in dem Chefredakteurin Mette Bock sich darüber mokierte, dass eine solche Lappalie so viele Ressourcen in Polizei und Justiz bindet, die doch wahrlich genug anderes zu tun hätten. Wie wahr – und wie heuchlerisch! Es war ihre eigene Zeitung, die Bjerre an die Öffentlichkeit gebracht hatte, und am nächsten Tag folgte auf Seite 2 ein fast halbseitiger Bericht über den gesamten Prozess. Auch das Fernsehen begleitete Bjerre den ganzen Tag lang und brachte in der DR-Sendung „19 direkte“ (vertiefende Berichte nach den Tagesnachrichten) einen ausführlichen Bericht, in dem Kritiker übrigens nicht zu Wort kamen. Selbst „Der Spiegel“ brachte eine ganze Seite, und am 25.7. machte das „Flensburger Tageblatt“ die Angelegenheit sogar zum Tagesthema. Es folgten weitere Zeitungsartikel und Leserbriefe, bis das Landgericht am 13.8. das Urteil bestätigte. Neben zahlreichen Missfallensbekundungen gab es auch einzelne Stimmen der Unterstützung. Es bleibt ein fader Nachgeschmack davon, dass eine derart peinliche Privataktion zu einer großen Sache aufgebauscht wurde, deren Schatten letztlich auch auf das gesamte deutsch-dänische Verhältnis fiel.

Ein Junger Präsident für 23 Minderheiten

Stephan Kleinschmidt ist die politische Nachwuchshoffnung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig

Der Nachwuchs von 23 nationalen Minderheiten in ganz Europa hat einen neuen Präsidenten aus dem deutsch dänischen Grenzland: Der Dachverband „Jugend Europäischer Volksgruppen“ (JEV) hat Stephan Kleinschmidt aus der deutschen Volksgruppe in Dänemark bei einer Konferenz in Flensburg zu ihrem obersten Repräsentanten gewählt. Geographisch reicht sein Einzugsbereich von den in Rumänien lebenden Ungarn bis zu den Samen in Nordskandinavien. Aus der Region gehören neben Kleinschmidts eigener Minderheit die jungen Dänen und Friesen im Landesteil Schleswig dazu.

Der umtriebige 26-Jährige bringt für sein neues Amt reichlich Erfahrung mit: Seit

dem der Gravensteiner vor fünf Jahren in die Verbandsarbeit der deutschen Minderheit eingestiegen ist, gilt er als talentierteste Nachwuchs-Hoffnung der etwa 15 000 im dänischen Sønderjylland lebenden Deutschen. Vor fünf Jahren hat er gemeinsam mit ein paar anderen die „Jungen SPitzen“ der Schleswigschen Partei (SP) gegründet und so deren Jugendarbeit wiederbelebt. Heute sind 200 Mitglieder zwischen Tondern und Sonderburg dabei. Stephan Kleinschmidt ist es gelungen, zum mitunter betulichen Erscheinungsbild der deutschen Minderheit ein Gegengewicht geschaffen. „Die Menschen müssen sich bei uns schlicht und einfach wohlfühlen – dann kann die Minderheit auch weiterhin junge Leute an sich binden“, lautet Stephan Kleinschmidts Patentrezept. In einer Zeit, in der viele nationale Minderheiten für ein Auslaufmodell halten, stellt er sich mit all seiner Jugendlichkeit hin und sagt: „Auch für meine Generation ist es kein Widerspruch, deutsch in Dänemark zu sein – eben deutscher Nordschleswiger.“

Nicht Abgrenzen, sondern Brückenbauen hat Kleinschmidt zu seiner Philosophie erkoren. Auch beruflich. Bei seinem Job im Wirtschaftszentrum von Sønderjylland in Apenrade betreut der Marketing-Ökonom von der Business-Akademie Århus vornehmlich deutsch-dänische Projekte. Im Juli hat er den Arbeitgeber gewechselt: Die Damp Holding hat den fließend Zweisprachigen abgeworben. Für den deutschen Klinikbetreiber soll er Geschäftsfelder im kränkelnden dänischen Gesundheitssystem ausloten.

Der Grenzgänger wird hauptsächlich von seinem Wohnsitz Apenrade aus arbeiten und, das hat er sich ausbedungen, weiter politisch aktiv sein. Er liebäugelt mit der Idee im kommenden Jahr für das Europaparlament zu kandidieren. Auch wenn er sich wenig Chancen ausrechnet – Aufmerksamkeit wäre ihm sicher.

Frank Jung, in: Flensburger Tageblatt, 31.7.2003

Gedenkstein für NS-Justizopfer bewegt Strandbesucher

An der Küste von Nordgaardholz wird an Hinrichtung von Soldaten erinnert „Das finden wir nicht gut“, sagen Jessica aus dem Rheinland und Axel aus Sörup mit gedämpfter Stimme. Die beiden Zwölfjährigen kommen vom Schwimmen und stehen vor dem Gedenkstein in Norgaardholz am Strand. Was sie lesen, macht sie betroffen. Auf einer Gedenktafel wird erinnert an die Hinrichtung von 14 deutschen Marinesoldaten, drei vor Norgaardholz und elf im Hafen von Sonderburg am 10. Mai 1945. Den Männern hatte man in einem Kriegsverfahren Wehrkraftzersetzung vorgeworfen und sie erschossen – zwei Tage nach der Kapitulation.

Am 24. September 1997 ließ der Kreistag Schleswig-Flensburg zum Gedenken an die nach unmenschlichen NS-Justizurteilen Hingerichteten beschließen, einen

Stein mit einer Erklärungstafel aufzustellen. Viele Strandwanderer und Urlauber gehen seitdem an diesem Stein vorbei oder bleiben stehen. „Dieser Platz wurde ausgewählt, weil sich das schreckliche Ereignis vor diesem Küstenabschnitt abgespielt hat“, sagte bei der Einweihung der Gedenktafel Kreispräsident Johannes Petersen.

Sein damals geäußelter Wunsch, möglichst viele Menschen sollten vor diesem Stein innehalten und sich vergegenwärtigen, das Unrecht nie wieder zum Maßstab menschlichen Handelns werden dürfe, erfüllt sich Tag für Tag neu.

Drei junge Soldaten, der Matrose Fritz Wehrmann (26 Jahre), der Obergefreite Martin Schilling (22 Jahre) und der 20-jährige Marinefunker Alfred Gail freuten sich über das Ende des Krieges und wollten nach Hause – das wurde ihnen zum Verhängnis. Am 4. Mai hatte die Deutsche Wehrmacht gegenüber den Engländern mit Wirkung vom 5. Mai 1945 kapituliert. Dies galt auch für die in Dänemark stehenden Truppenteile. Trotzdem wurden am 10. Mai, fünf Tage nach der Teilkapitulation und zwei Tage nach der Gesamtkapitulation die drei Soldaten in der Geltinger Bucht an Bord des Begleitschiffes „Buea“ erschossen. Sie hatten nach der Kapitulation ihre Truppe im Sonderburger Hafen verlassen und waren dabei von einer dänischen Patrouille aufgegriffen worden.

Der Leiter der Kreiskulturstiftung, Dr. Matthias Scharl, ist in einer kleinen Broschüre „Zur Aufrechterhaltung der Manneszucht – Drei Todesurteile in der Geltinger Bucht“ auf die Ereignisse von damals eingegangen.

Die Broschüre kann über die Kreiskulturstiftung in Schleswig, Tel. 0 46 21 / 96 01 12, bezogen werden.

Flensburger Tageblatt, 6.8.2003

Schüler lernen das Grenzland kennen

Deutsche und dänische Schüler lernen in Zukunft auf einheitlicher Grundlage die Region kennen. Eine Arbeitsgruppe entwirft das Material. Es soll Jugendliche ermuntern, auch das Land auf der anderen Seite der Grenze kennenzulernen. Die Europäische Union fördert das Projekt.

Gemeinsame Unterrichtsmaterialien in deutscher und dänischer Sprache sollen künftig Schülern der neunten und zehnten Klassen in Sønderjylland/Schleswig einen Blick über die Grenze ermöglichen und so das Interesse für die gemeinsame Region wecken.

Die Unterrichtsmaterialien sollen Lehrern als Anregung dienen, im Unterricht Themen der Region mit den Schülern zu erarbeiten, erklärt Jens Juusgaard vom Amtsentret for Undervisning in Apenrade und Leiter des von der Europäischen Union geförderten Projektes „Unterrichtsmaterialien über die Region

Sønderjylland/Schleswig“. Das Themenspektrum reicht von Geschichte über Geographie bis hin zu Kultur und Sport. Anschauliche Beispiele sollen hierbei im Vordergrund stehen, etwa Bedeutung und Ursprung historischer Denkmäler oder Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Leben junger Leute beiderseits der Grenze.

Parallel zu den Unterrichtsmaterialien wird ein Internet-Portal eingerichtet. Dort werden die Schüler Aufgaben, Artikel, Spiele und weiterführende Informationen finden, erläutert Juusgaard. „Eine Aufgabe wird sein, mit einer Kamera nach historischen Zeichen aus dem anderen Land zu suchen“, verrät Juusgaard schon jetzt. Diese Zeichen seien überall zu finden, erklärt er, zum Beispiel deutsche Straßennamen in Apenrade oder dänische in Flensburg. Derzeit laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, denn bereits im September sollen die Unterrichtsmaterialien und das Internet-Portal fertig gestellt sein. In einem Pilotprojekt werden die Materialien dann zunächst im Unterricht an jeweils drei bis vier ausgewählten Schulen in Deutschland und Dänemark erprobt. „Die Schüler werden uns wichtige Hinweise für Verbesserungen geben können“, hofft Juusgaard. In einem Jahr, nach bestandener Praxistest, sollen die Unterrichtsmaterialien endgültig fertig sein. „Dann bekommt jede Schule in der Region diese Mappe“, sagt Juusgaard. Außerdem wird es Informationskurse für Lehrer in Deutschland und Dänemark geben, um sie mit dem neuen Angebot für Jugendliche vertraut zu machen.

Rund 75 000 Euro stehen für die dreijährige Laufzeit des Projektes zur Verfügung. „Das ist nicht sehr viel“, sagt Juusgaard. Er hofft, später auch jüngeren Schülern Vergleichbares anbieten zu können.

Flensburger Tageblatt, 9.8.2003

Die deutsche Sprache verliert erneut

Aushöhlung: Obwohl Dänemark ein Abkommen unterschrieben hat, die deutsche Sprache zu stärken, hat Danmarks Radio einen neuen Nachrichtendienst ohne deutsche Übersetzung eingerichtet.

Das Sprachabkommen, das die Möglichkeiten für den Gebrauch der deutschen Sprache in Dänemark und besonders in Nordschleswig erweitern sollte, ist offenbar nicht einmal das Papier wert, auf dem es festgehalten wurde. Das Folketing hat die europäische Sprachencharta ratifiziert, für die die deutsche Minderheit hart gekämpft hat. Doch als jüngstes Beispiel setzt sich Danmarks Radio darüber hinweg.

Am 1. August führte DR einen telefonischen Nachrichtendienst ein. Ein Anruf unter der Nummer 1830 bietet die Möglichkeit, Nachrichten auf Englisch, Arabisch,

Türkisch, Serbokroatisch, Urdu und Somali zu hören. Also nicht auf Deutsch, obwohl die Deutschgesinnten in Nordschleswig hinsichtlich der Sprachencharta geltend gemacht haben, dass Deutsch eine Minderheitensprache in Dänemark ist. Der Leiter des „Nachrichtentelefon“, Redaktionschef Jens Linde, räumt ohne Vorbehalt ein, dass er das Sprachabkommen, das auch Dänemark unterzeichnet hat, nicht kennt. „Dass wir es heute so machen, ist bereits vor 20 Jahren begründet worden. Damals gab es täglich Nachrichten auf Englisch, Französisch und Deutsch, doch die beiden letztgenannten fanden zu wenige Zuhörer. Da Dänemark damals viele Einwanderer aufnahm, bildete man eine Fremdsprachenredaktion, und heute übersetzen wir in die Sprachen, die die meisten hier im Lande erreichen“, erklärt Jens Linde.

Den Leiter des Sekretariats der deutschen Minderheit in Kopenhagen, Chefredakteur Siegfried Matlok, überraschtes nicht, dass Deutsch beim neuen Nachrichtentelefon nicht vertreten ist. „Danmarks Radio ist ja eine eigenständige Einrichtung, und daher kann der Staat DR nicht zwingen, den Sprachenpakt anzunehmen. Von Seiten der Minderheit haben wir auch versucht, deutschsprachige Sendungen ins Programm von Radio Syd zu bekommen, doch dieser Wunsch wurde bislang abgewiesen“, erklärt Siegfried Matlok. Er möchte nicht sagen, ob er über den Effekt – oder das Ausbleiben desselben – der Sprachencharta hinsichtlich des Deutschen enttäuscht ist. „Ich warte erst einmal den Bericht ab, der bis zum Jahresende vom Europarat kommen soll und in dem die Bedingungen für die deutsche Sprache in Dänemark nach der Ratifizierung des Abkommens analysiert werden.“

Poul-Erik Thomsen, in: Jydske Vestkysten, 13.8.2003

Harsche Kritik an „Tabubruch“ in Norburg

Junge SPitzen-Vorsitzender Jesper Jessen fordert entschiedenes Vorgehen gegen die „Gesinnungsschnüffelei“ der Kommune in Norburg

„Wir distanzieren uns eindeutig von der ‚Gesinnungsschnüffelei‘, die betrieben worden ist“, bewertetet Jessen die im Vorfeld zu der Entscheidung der Kommune unternommenen Untersuchung des nationalen Hintergrundes der Eltern, der betroffenen Kindergartenkinder, besonders kritisch. „Es kann nicht deutlich genug auf die Bonn-Kopenhagener Erklärung verwiesen werden, die mit dem freien Bekenntnis zur Minderheit ja gerade für das friedliche Nebeneinander von Mehr- und Minderheit über Jahrzehnte hinweg entscheidend gewesen ist“, so Jessen.

„Dass der Norburger Bürgermeister noch nichts von der Bonn-Kopenhagener Erklärung gehört hat, spricht für sich und man kann ihm nur eine extra Geschichtsstunde ans Herz legen“, schlägt Jessen vor. Er unterstützt die

Auffassung des Bundes deutscher Nordschleswiger, dass die Vorgehensweise und Entscheidung der Kommune Norburg scharf zu kritisieren sei, und geht dabei noch einen Schritt weiter. „Als Volksgruppe muss es nun unsere gemeinsame Aufgabe sein, diesen Tabubruch – der in Norburg begangen wurde – offensiv anzuprangern. Wenn wir eine solche Vorgehensweise stillschweigend akzeptieren oder nur halbherzig dagegen angehen, dann könnten wir dadurch Tür und Tor für weitere Maßnahmen – bewusst oder unbewusst – gegen die Volksgruppe öffnen“, so Jessen.

In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die Schließung des Kindergartens in Hoyer und die Diskussionen über die beiden Kindergärten in Apenrade. „Den Debatten über die Schließungen unserer Institutionen müssen wir gemeinsam offensiv begegnen und hierbei wird sich zeigen, wie wir die Zukunft unserer Volksgruppe sichern können“, so Jessen.

Der Nordschleswiger, 28.8.2003

Vertreter der Kommune Norburg hatten auf der Suche nach Möglichkeiten für Einsparungen ins Felde geführt, dass die meisten Kinder, die in den Kindergarten Lunden kommen, angeblich gar nicht aus deutschen Familien stammten, und legten daher die Streichung der kommunalen Zuschüsse nahe – was für den einzigen deutschen Kindergarten auf Nordalsen das Aus bedeuten würde. Die Proteste zeigten Wirkung: Die Kommunaldirektorin entschuldigte sich umgehend und schloss eine Wiederholung dieses Fehltritts aus.

Erster Grenzlandbericht

Premiere im Landtag/Opposition: Dynamik fehlt

Mehr als 50 Seiten voller Daten, Fakten, Tabellen und Projektbeschreibungen – zum ersten Mal hat die Kieler Landesregierung jetzt einen Deutsch-Dänischen Grenzlandbericht herausgegeben, in dem die besonderen Beziehungen zwischen den beiden EU Nachbarländern beschrieben werden. Im Landtag wurde gestern diese regierungsamtliche Fleißarbeit parteiübergreifend begrüßt. Bei allem Lob stellte die Opposition jedoch auch kritische Fragen. Viele der angeschobenen Projekte seien in der Vergangenheit nicht mit Leben erfüllt worden, bei der Umsetzung fehlte es häufig an Dynamik. Konkret bemängelt die CDU, dass es bei den Handelsbeziehungen Stagnation gibt, noch immer sprachliche Barrieren einen intensiveren Arbeitnehmaustausch in den grenznahen Regionen verhinderten und durch die Kürzung der Landeszuschüsse die Arbeit der vier Grenzlandverbände gefährdet sei. Ein Problem für die interregionale Zusammenarbeit sieht der SSW durch die neuen EU-Förderrichtlinien. Mit dem

Auslaufen der Interreg-Programme 2006 würden die String Programme in den Vordergrund rücken, bei denen nur dann Geld aus Brüssel fließt, wenn drei Staaten grenzübergreifend zusammen arbeiten. SSW-Chefin Anke Spoorendonk forderte zudem einen weiteren Abbau der kulturellen und bürokratischen Hemmnisse im deutsch-dänischen Grenzgebiet – zum Beispiel durch mehr Dänisch-Unterricht an den Schulen. Mit einiger Sorge betrachten alle Parteien die anstehende Kommunalreform in Dänemark. Die Zusammenlegung von Sønderjyllands Amt mit anderen Regionen im südlichen Jütland könne dazu führen, dass das deutsch-dänische Grenzgebiet an politischer Bedeutung verliere, fürchtet Spoorendonk. Ins gleiche Horn stieß der CDU-Abgeordnete Manfred Ritzek, der die „politische Vertretung und Präsenz der deutschen Minderheit gefährdet sieht“, wenn die historisch gewachsenen Gebietseinheiten durch Großregionen ersetzt werden.

Flensburger Tageblatt, 30.8.2003

Alte Gegensätze spielen keine Rolle

Dänische, österreichische und deutsche Soldaten pflegen Kriegsgräber

Ihre Vorfäter waren noch Feinde und bekämpften sich im Krieg – etwa 150 Jahre später spielen die alten Gegensätze kaum mehr eine Rolle. Das beweist die Zusammenarbeit von 16 Soldaten und Reservisten aus Schleswig-Holstein, Dänemark und Österreich, die derzeit Seite an Seite auf dem Alten Friedhof Kriegsgräber erneuern. Die Grenzen in den Köpfen verschwinden: „Wir gedenken nicht nur unseren Toten, sondern allen Opfern der Kriege. Ob Deutscher, Österreicher oder Däne – alle sind gleich viel wert“, meint der Grazer Peter Bärnthaler, Vizeleutnant a. D. Die Gräber stammen aus den deutsch-dänischen Kriegen von 1848 bis 1851 und 1864. Die Begrabenen sind Gefallene der Schlachten in Oeversee und bei den Düppeler Schanzen, die zum Teil erst in Flensburg im Lazarett starben.

Der zweiwöchige Einsatz ist der dritte dieser Art, nach Aktionen der internationalen Kriegsgräberpflege 2001 in Schleswig und 2002 in Rendsburg. Inzwischen besteht eine Art Tradition: viele der Männer waren bereits damals dabei. Zunächst gilt es, die historischen Denkmäler von Bewuchs und Laub zu befreien, abzuschleuern und mit dem Hochdruckreiniger zu säubern. Dann müssen die Inschriften nachgezeichnet werden, damit diese wieder zu erkennen sind. Die Gräber waren so verwildert, dass sie dringend der Pflege bedurften. Es gibt für sie keinen gesetzlichen Schutz in Schleswig-Holstein und nur wenige unterliegen der Denkmalpflege.

Träger der Initiative ist der Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

„Versöhnung über den Gräbern“ nennt die Kreisvorsitzende Heidemarie Winkelmann die Arbeit der fünf dänischen Soldaten vom Gardehusarenregiment in Slagelse, sechs Soldaten des österreichischen Bundesheeres aus Graz und fünf Bundeswehrosoldaten. „Der Däne spricht hinterher deutsch mit österreichischem Akzent“, erzählt der Hauptmann a.D. Manfred Koch, der die Aktion nun zum dritten Mal organisiert hat. Näher kommen sich die Soldaten nicht nur bei der Arbeit, sondern auch bei Ausflügen nach Kiel, Dänemark und zur KZ-Gedenkstätte Ladelund.

Der 19-jährige Obergefreite Felix Ahlert ist der Jüngste in der Truppe. Ein „komisches Gefühl“ sei es, so manche Grabinschrift zu lesen: „Die Gefallenen waren zum Teil so alt wie ich.“ Der Einsatz auf dem Friedhof macht ihm Spaß. „Über die Kriege weiß ich gar nichts. Aber ich will mich noch informieren.“ Vielleicht, so hofft Heidemarie Winkelmann, rücken diese fast vergessenen Kriege und ihre Opfer wieder mehr ins Bewusstsein: „Jeder einzelne Grabstein ist schließlich ein Mahnmal für den Frieden.“

Flensburger Tageblatt, 5.9.2003

50. Geburtstag von Renate Schnack

Am 23. September 2003 beging die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack ihren 50. Geburtstag. Der Grenzfriedensbund gratuliert ihr herzlich und wünscht ihr die Kraft, ihre wichtige Aufgabe weiterhin wahrzunehmen.

Ingrid Schumann